Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156 | **Mittwoch, den 6. Juli 1904.** | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Wie viel Unklarheit auch noch über die Bewegungen der japanischen und russischen Truppen in der südlichen Mandschurei herrscht, so scheint doch sicher zu sein, daß der Vormarsch der beiden japanischen Armeen unter den Generalen Kuroki und Nodzu zum Stillstand gekommen ist. Vielfach wird übrigens angenommen, daß das anscheinende Zurückgehen der Japaner kein durch die Russen erzwungenes ist, sondern durch besondere Pläne Kurokis bedingt wird. Vielleicht sind auch größere Operationen wegen der starken Regengüsse, die die Wege in Morast verwandelt haben, unmöglich geworden. In Petersburg ist zwar das Gerücht im Umlauf, der russische Heerführer Kuropatkin habe die japanische Armee des Generals Kuroki erfolgreich zurückgeworfen, aber mit Verlust von 17 000 Mann, doch verdient die Meldung so wenig Glauben, daß sich ihre Registrierung kaum verlohnt. Die einzige direkte Meldung aus russischer Quelle besteht in einem Telegramm des Berichterstatters der „Daily Mail“ aus dem Hauptquartier zu Liaojang vom 2. Juli, wonach unter anhaltenden Regengüssen das ganze Land allgemach ein großer Morast wird. Anscheinend bereiten die Japaner, nachdem sie erst Taschitsao und Haitschöng bedroht, nunmehr einen Angriff nach Norden vor, und seien vom Motienpaß im Anmarsche. Ja, eine weitere englische Blättermeldung aus Liaojang weiß sogar zu berichten: „Am Sonntag besetzte Kuroki unerwartet mit zwei Divisionen, meist Garden, die Anting beherrschenden Höhen, 30 Kilometer östlich vom Lager bei Liaojang. Nodzu nahm die Hügelketten gegenüber Schimutschöng. Kuropatkin selbst ziehe seine Truppen gegen Nodzus Offensive zusammen, um die Straßen nach Haitschöng und Tatschitsao zu schützen.“ Es ist schwer zu sagen, was an alledem Wahres ist. Die einzige direkte Nachricht aus japanischer Quelle ist eine Depesche des Berichterstatters der „Morningpost“ vom letzten Dienstag, welche meldet, die Kolonne, die er begleite, sei in stetem Vormarsche und habe die Russen umgangen, so daß sie, die Russen, nach kurzem Widerstande und nach der Verbrennung aller Vorräte ihre stark befestigten Stellungen auf der Süd-Abdachung des Motienpasses preisgegeben und einen fluchtähnlichen Rückzug angetreten hätten.

Ueber den Untergang zweier russischen Kriegsschiffe vor Port Arthur wird dem „Reuterschen Bureau“ aus Tokio gemeldet: Admiral Togo berichte, daß in voriger Woche, Montag Nacht, ein russisches Wachtschiff, das einem Schlachtschiffe ähnlich sah, bei der Hafeneinfahrt von Port Arthur durch einen Torpedo zum Sinken gebracht worden sei. Ein russischer Torpedobootszerstörer sei ebenfalls in den Grund gebohrt worden.

Nach einer Depesche aus Liaojang tobte im Meere zwischen Korea und Japan ein Zyklon, der 27 Fahrzeuge der Gesellschaft „Nippon Juschi Maru“ mit 300 000 Puds Mehl, das für die japanische Armee bestimmt war, vernichtete.

Admiral Kamimura suchte sich, wie aus Tokio gedrahtet wird, am Freitagabend zwischen den Inseln Tsuschima und Oschima in der Koreastraße dem dort aufgetauchten Wladiwostokgeschwader zu nähern, indem er der Torpedoflottille befahl, unter allen Umständen an die Russen heranzukommen. Die Attacke wurde aber abgeschlagen, da die russischen Schiffe sämtliche Scheinwerfer auf die herannahenden Schiffe konzentrierten, dann aber plötzlich alle Lichter auslöschten und in der Dunkelheit entkamen.

Die Behauptung russischer Blätter, daß die Japaner russische Verwundete in grausamer Weise behandelt hätten, weist jetzt die japanische Regierung in einer amtlichen Bekanntmachung zurück und führt eine Anzahl Fälle an, in denen das Umgekehrte geschehen sei. Vielleicht hat es sich auch hier um chinesische Hyänen des Schlachtfeldes gehandelt, die sich solcher Greueltaten schuldig gemacht haben; die japanische Regierung spricht allerdings ausdrücklich von russischen Soldaten als den Uebeltätern. Die japanische Regierung gibt amtlich bekannt: „Es werden Gerüchte verbreitet, daß am Abend des 12. Juni drei bei Liliatung verwundete Russen von der angreifenden japanischen Kavallerie in roher Weise gemartert worden seien. Nach den amtlichen Berichten des Generalstabchefs der 2. Armee hat jedoch am 12. Juni nirgendwo eine Schlacht, noch irgend ein Zusammenstoß von Kavalleriepatrouillen stattgefunden. In der Schlacht in der Nähe Wafangtien am 15. Juni behandelten die russischen Soldaten unsere Gefallenen und Verwundeten grausam. Die verwundeten russischen Offiziere und Soldaten, die gefangen genommen worden sind, zeigen sich im höchsten Grade gerührt von der aufmerksamen Behandlung, die wir ihnen unsererseits stets zu teil werden lassen. Von den Leichen des Feindes ist keine einzige, wie fälschlich berichtet worden ist, auf irgend eine Weise verstümmelt worden, sie sind alle sorgfältig beerdigt worden. Ein weiterer Bericht des Generalstabchefs der 2. Armee besagt, daß am 15. Juni sechs Kundschafter des 18. Artillerie-Regiments bei Tschengsuschan ein Scharmützel mit etwa 15 feindlichen Kundschaftern hatten, in welchem alle unsere Leute getötet wurden. Die Feinde (die Russen) haben darauf nach Armen und Leib der Toten gestoßen, und auch die Börse und Kleidungsstücke geraubt. Am 27. Juni wurde ein Soldat des 3. Kavallerie-Regiments durch Schüsse schwer verwundet, als er auf einem ungefähr vier Kilometer nordöstlich von Hsungtscheng entfernten Punkte auf Posten stand. Sobald er vom Pferde gefallen war, umringten ihn etwa zwanzig Mann von der feindlichen Kavallerie, durchbohrten ihn wiederholt mit ihren Lanzen und ergingen sich in Roheiten, indem sie ihm einige Körperteile abhieben. Unsere Kavallerie kam jedoch schnell hinzu und brachte den Leichnam an sich, nachdem der Feind zugleich die Flucht ergriffen hatte.“

Die Beschlagnahme des englischen Dampfers „Allanton“ durch die Russen ist im englischen Unterhause Gegenstand einer Interpellation gewesen. Die Regierung erklärte, noch die Entscheidung des Oberprisengerichts abwarten zu wollen, ehe sie über die in St. Petersburg zu machenden Vorstellungen Beschluß fassen könne.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Liberale Wahlrechtsfreunde. Das gleiche Wahlrecht ist den Liberalen so lange recht, so lange sie damit auf ihre Rechnung kommen. Geben ihnen aber die Wähler für ihre volksfeindliche Politik den Laufpaß, so gehen sie dem gleichen Wahlrecht an den Kragen und suchen ihre Herrschaft auf den Geldsack zu stützen. Das zeigt sich jetzt wieder in Mülhausen i. E., wo bekanntlich die Sozialdemokraten den dritten entscheidenden Gemeindewahlsieg innerhalb zweier Jahre errungen haben. Nun haben die Liberalen ihren Gefallen am gleichen Wahlrecht völlig eingebüßt. Der liberale „Expreß“ („Industriel Alsacien“), das dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Theodor Schlumberger persönlich ganz nahestehende Organ der oberelsässischen Großindustriellen, erhebt laut für die Abänderung des in Elsaß-Lothringen bestehenden Gemeindewahlrechtes seine Stimme. Und zwar zielt der Angriff dahin, das schon durch die Köllersche Gemeindeordnung von 1895 verkümmerte allgemeine Stimmrecht im Sinne eines Zensus- und Klassenwahlrechtes nach preußischem oder belgischem Muster zum Nachteil des arbeitenden Volkes noch mehr zu beschneiden. Anknüpfend an den neuesten sozialistischen Wahlerfolg wirft im französischen Teile (!) des „Expreß“ ein Angehöriger der besitzenden Klassen die Frage auf, wieviele unter den 15 000 eingeschriebenen Wählern der Stadt Mülhausen „keine Abgabe bezahlen“ und wieviele unter den 8000 siegreichen Wählern (Sozialdemokraten und sozialradikale Zentrümler) zu jenen gehören, für welche die Stadt, da sie unter 1300 Mk. Jahreseinkommen haben, die Lohn- und Besoldungssteuer zur Deckung aus den Oktroieinnahmer übernommen hat? Ferner, wieviele unter den 24 sozialdemokratischen und katholisch-sozialen Gemeinderatsmitgliedern überhaupt Lohn- und Kapitalsteuer bezahlen, und endlich wieviel Eigentümer und selbständige Gewerbetreibende sich unter ihnen befinden? . . . Der Einsender, dessen Zuschrift von der Redaktion der allgemeinen Beachtung empfohlen wird, bemerkt ausdrücklich, daß er diese Fragen nicht nur zum Nachdenken für „die Mülhauser“ aufweese, sondern auch »pour servir de guide à nos législateurs«, um unsern Gesetzgebern eine Richtschnur zu geben. Es ist also der formelle Wunsch des Organs der elsässischen Großindustriellen mit Kommerzienrat Theodor Schlumberger, dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten an der Spitze, daß das reichsländische Gemeindewahlrecht im plutokratischen Sinne nach rückwärts revidiert werde. Wäre es der nationalliberalen Partei des deutschen Reichstages wirklich ernst mit der Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, so müßte sie auch mit diesem hinter ihr stehenden Führer elsässischer Wahlrechtseskamoteure einmal ein ernstes Wörtlein reden.

Die deutsche Einheit manifestiert sich im Kosakenkurs. Preußen allein hat nicht mehr den Ruhm, ein treuer Diener des Zaren zu sein, die übrigen deutschen Bundesstaaten stehen ihm nicht mehr nach. Selbst die süddeutschen „demokratischen“ Länder erfüllen die Gebote Väterchens mit Eifer und Pünktlichkeit. Baden machte den Anfang, Bayern ist jetzt gefolgt. Einem der aus Preußen verjagten Russen, der sich in München niederlassen wollte, ist die Ausweisungsorder zugegangen. Wie die „M. P.“ jetzt mitteilt, hat der Betreffende darauf eine Eingabe an das Ministerium gemacht, in der dargelegt wurde, daß nicht der geringste Grund zur Behauptung einer Störung der öffentlichen Wohlfahrt vorliege und daß die Verfügung den Verlust von sechs ehrlich durcharbeiteten Studiensemestern bedeute. Darauf kam jüngst die lakonische Antwort der königlichen Polizeidirektion München:

„Auf Ihre an das königliche Staatsministerium des Innern unmittelbar gerichtete Vorstellung vom 3. Juni l. J. wird eröffnet, daß derselben inhaltlich Entschließung vom 11. l. M. ein Grund zur Aufhebung der Landesverweisung nicht entnommen worden ist. Sie werden deshalb aufgefordert, das Königreich Bayern nunmehr bis 6. Juli l. J. bei Vermeidung des Zwangsvollzuges zu verlassen. Halder.“

Gründe für die Ausweisung werden nicht angegeben; es genügt nach preußischem Muster, daß Gründe für die Aufhebung der Ausweisung nicht zu finden seien. Die deutsche Einheit ist hergestellt. Bislang hatte man geglaubt, daß Bayern sich auf diesem Gebiete noch ein Reservatrecht vorbehalten habe, aber es vermag anscheinend den Partikularismus selbst in den Stücken, da er einen Fortschritt gegen den preußischen Zentralismus darstellt, nicht mehr zu behaupten.

Der Reichsbettelverein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat ein untrügliches, höchst einfaches Mittel entdeckt, um die Sozialdemokratie aus der Welt zu schaffen. Die Liebertgarde beseitigt nämlich die Sozialdemokraten dadurch, daß sie sie — in den „Reichsverband“ aufnehmen will. Unserem Parteigenossen Legien, dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ging dieser Tage eine freundschaftliche Einladung zu, dem Reichsverband beizutreten und zu diesem Zweck einen Beitrag an eine Bank unter „Konto Reichsverband“ zu senden. Legien war denn auch so liebenswürdig, einen Beitrag zu senden, und zwar nicht nur einen, der aus geringem Mammon besteht, sondern den folgenden Brief:

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Berlin, 1. Juli 1904.

Herren von Liebert und Dr. Bovenschen,
Berlin W.

Am 17. Juni d. J. erhielt ich, richtig adressiert an: C. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, eine Zuschrift von Ihnen, in der ich aufgefordert werde, dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ beizutreten und Beiträge für den Verband zu leisten. Dieser Aufforderung kann ich nicht Folge geben. Ich gehöre der Sozialdemokratischen Partei seit 23 Jahren an und bin von der Richtigkeit ihrer Forderungen und Ziele heute mehr, denn bei meinem Zutritt zur Partei überzeugt. Wäre ich's nicht, so müßte ich es gleich allen mit gesundem Menschenverstand Ausgestatteten gerade durch die in neuerer Zeit so kraß zu tage tretenden Handlungen derjenigen werden, die sich als Stützen und Träger der heutigen Gesellschaftsordnung in der Bekämpfung jeden Fortschritts der Arbeiterklasse gefallen. Im übrigen war ich über die Gründung des „Reichsverbandes“ sehr erfreut, in der Hoffnung, daß nun an Stelle der bezahlten Kulis die vornehmeren Staatserhaltenden selbst in den Kampf treten würden. Das Herumschlagen mit diesen bezahlten Kulis habe ich herzlich satt und freute mich auf einen frischen, fröhlichen Kampf mit den erstklassigen Menschen in unserm Staate. Um diese Hoffnung scheine ich betrogen, denn der geniale Mißgriff, der bezüglich meiner Person gemacht ist, muß mich überzeugen, daß alles beim Alten bleibt.

C. Legien.

Ob sich die Reichsverbändler dieses Schreiben an den Spiegel stecken werden?

Die Bierschlange. Wie es heißt, soll in der nächsten Arbeitsperiode der gesetzgebenden Faktoren versucht werden, durch Annäherung der Art der Bierbesteuerung (durch Staffelung) im Bereiche der norddeutschen Brausteuergemeinschaft an den in Süddeutschland bestehenden Zustand der Dinge das zur Anerkennung zu bringen, was im Artikel 35 der Reichsverfassung als ein auf ehrigste zu erstrebendes Ziel hingestellt wird. — Das heißt mit anderen Worten: Aus der Biersteuer soll mehr und immer mehr herausgeholt werden. Dies ist wohl das Ziel, das für manche Leute allerdings „ein Ziel aufs innigste zu wünschen“ ist.

Kinderarbeit in der Landwirtschaft. Zum Entwurfe des Gesetzes, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, hatte der Reichstag in der Sitzung vom 23. März v. Js. folgende Resolution gefaßt: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Zwecke von Erhebungen über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalte (Aufwartung, Kinderpflege und dergl.) sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Sittlichkeit, sowie die Wege zweckmäßiger Bekämpfung dieser

Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenommenen Ermittelungen dem Reichstage mitzuteilen." Gemäß einem Beschlusse des Bundesrats vom 23. v. M. hat der Staatssekretär des Innern nunmehr den Bundesregierungen vorgeschlagen, der Resolution des Reichstags Folge zu geben und zunächst über den Umfang und die Art jener Kinderbeschäftigung eine Aufnahme durch die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen unter Zugrundelegung eines einheitlichen Formulars am 15. November d. Js. stattfinden zu lassen. Die Erhebung soll sich auf diejenigen volksschulpflichtigen Kinder erstrecken, welche im Laufe des Jahres vom 15. Novbr. 1903 bis 14. November 1904 im Haushalt oder in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben gegen Lohn beschäftigt wurden. Durch die Ermittelungen soll festgestellt werden, in wieviel Wochen die Kinder beschäftigt waren, sowie ob sie in den einzelnen Wochen bis zu drei Tagen oder über drei Tage und an den einzelnen Tagen bis zu drei Stunden oder über drei Stunden beschäftigt waren. Außerdem ist besonders zu ermitteln, wieviele von den Kindern außerhalb der Ferienzeit zeitweise mehr als sechs Stunden täglich beschäftigt waren, an wieviel Wochen durchschnittlich und mit welchen Arbeiten vorzugsweise. Bei der Beschäftigung von Kindern mit land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten wird ferner eine Angabe darüber verlangt, zu welchen verschiedenen Arbeiten die einzelnen Kinder im Laufe Jahres vom 15. November 1903 bis 14. November 1904 verwendet wurden. Endlich wird eine Sonderung der Angaben nach dem Geschlecht und nach Altersstufen gefordert, wobei zwischen Kindern im Alter von unter 10 Jahren, solchen im Alter von 10 bis 12 Jahren und solchen über 12 Jahren entschieden werden soll. Die Verarbeitung des entstehenden Materials soll durch das Kaiserliche Statistische Amt erfolgen; indessen bleibt es den Bundesregierungen vorbehalten, die Erhebungen für ihr Staatsgebiet durch Landesbehörden zusammenstellen zu lassen und hierauf lediglich die Gesamtübersicht mit dem zugrunde liegenden Materiale dem Kaiserlichen Statistischen Amte einzusenden.

Der Sündenbock. Da ein völliges Vertuschen des Konto K-Skandals sich immer mehr als unmöglich erweist, wird, wie das in solchen Fällen üblich ist, ein Bock in die Wüste gejagt, auf den alle Sünden abgeladen werden sollen. Das „Kleine Journal" meldet: „Die fortgesetzten Angriffe, die der Oberhofmeister der Kaiserin, v. **Mirbach**, seit Wochen in der Oeffentlichkeit erdulden muß, haben auf dessen gesundheitlichen Zustand so ungünstig eingewirkt, daß er die Absicht hat, die Enthebung von seinem hohen Hofamt zu erbitten. In Hofkreisen ist man der Ansicht, daß diesem Rücktrittsgesuch unter den obwaltenden Verhältnissen stattgegeben werden dürfte." Herr v. Mirbach wird also geopfert und die staatserhaltende Presse wird nicht verfehlen, diese Tatsache als eine vollständige Genugtuung an die durch die Enthüllungen des Pommernbankprozesses aufgewühlte öffentliche Meinung hinzustellen. In Wahrheit soll diese Demission nur der Vertuschung dienen. In Preußen pflegt man der „öffentlichen Meinung" gegenüber nicht sehr nachgiebig zu sein. Wenn man's diesmal doch ist, so nur, weil höhere Interessen in Frage kommen. Man wirft den Preßbestien einen simplen Oberhofmeister in den Rachen, um die Gefahr einer Bloßstellung höchststehender Personen zu vermeiden und der Affäre einen äußeren Abschluß zu geben.

Der Anschluß der Kaufmannsgerichte an den Verband deutscher Gewerbegerichte wird von dem Ausschusse des Verbandes in der Art vorbereitet, daß bei der, wie man annimmt, demnächst bevorstehenden Sanktionierung und Veröffentlichung des vom Reichstag angenommenen Kaufmannsgerichts-Gesetzes dem Anschlusse keinerlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Kaufmannsgerichte sind in dem Gesetze für alle Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ebenso zwangsweise vorgeschrieben, wie die Gewerbegerichte, und die Person der Vorsitzenden wird in diesen Gemeinden fast durchgehends dieselbe sein. In der Regel wird der Magistrat den Vorsitzenden des Gewerbegerichts mit der Ausarbeitung des Ortsstatuts zur Errichtung des Kaufmannsgerichts beauftragen. Die neueste Nummer des Verbandsorgans „Das Gewerbegericht" bringt den Entwurf eines kurzgefaßten Ortsstatuts für die Errichtung eines Kaufmannsgerichts. In derselben Nummer fordert der Vorsitzende des Verbandes, Oberbürgermeister Dr. **Gaßner**-Mainz, die Beteiligten auf, alle auf die Vorbereitung von Kaufmannsgerichten, sowie auf Fragen des kaufmännischen Arbeitsvertrags bezüglichen Zuschriften schon jetzt an die Redaktion des „Gewerbegericht" (Charlottenburg-Berlin, Berlinerstraße 54) gelangen zu lassen.

Welches „Vertrauen" die deutsche Neutralität genießt, zeigt folgende Meldung aus Tokio: „Ein hiesiges Blatt veröffentlicht Artikel über die Neutralität Deutschlands und äußert die Befürchtung, daß Deutschland sich bereit erklären werde, den Russen zu gestatten, den Hafen von Kiautschou anzulaufen. Das Blatt fügt hinzu, falls dies zutreffen sollte, müsse Japan die Haltung Deutschlands als eine feindliche betrachten und infolgedessen an die englische Freundschaft appellieren."

Das Fünfzigpfennigstück. Die „Nordd. Allg. Ztg." verwahrt den Bundesrat gegen den Verdacht, daß er mit „auffallender Beschleunigung", wie es in einigen Blättern hieß, die Novelle zum Münzgesetz in der vom Reichstage beschlossenen Fassung angenommen habe. Die Vorlage sei im gewöhnlichen Geschäftsgang erledigt. Bei seiner ablehnenden Beschlußfassung ging der Bundesrat in Uebereinstimmung mit der seitens der Reichsverwaltung schon bei den Reichstagsverhandlungen eingenommenen Haltung davon aus, daß die Frage der Prägung eines Dreimarkstücks zum mindesten nicht als spruchreif angesehen werden könne, während die Umprägung der Fünfzigpfennigstücke einen weiteren Aufschub nicht mehr duldete. Aber, so versichert die „N. A. Z." allen bösen Menschen gegenüber, die etwa das Gegenteil annehmen möchten: „für die Annahme, daß der Bundesrat bei seiner Beschlußfassung sich von einer grundsätzlichen Abneigung gegen das Dreimarkstück habe leiten lassen, weil dieses nicht „in das Dezimalsystem passe" oder „eine Konzession an die Bimetallisten" darstelle, fehlt es an jedem Anhalt." Uebrigens seien über die Frage einer brauchbaren Gestaltung des Fünfzigpfennigstücks, das wegen Unhandlichkeit [illegible] weniger beliebt ist, [illegible] Entschließungen noch nicht getroffen.

Ausbeutung [illegible] der Amtsanwalt das Verhalten des Inhabers des Warenhauses Cohrssen in Neustadt a. H., weil dieser fortgesetzt sein Personal, darunter ein Mädchen von 17 Jahren, von morgens ½8 Uhr bis nachts 1 und 2 Uhr beschäftigte. Der Amtsanwalt beantragte wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung im Rückfall 250 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 120 Mark. — Unseres Wissens ist es das erste Mal, daß ein Vertreter des Staates das Ding beim rechten Namen genannt hat. Bedauerlicherweise ist die Strafe so geringfügig ausgefallen, daß sie den Ausbeuter vor weiteren Vergehen nicht abschrecken wird.

Wegen Beleidigung des bekannten Polizeirats Mädler wurden am Freitag vom Landgericht Beuthen der polnische Reichstagskandidat für Beuthen-Tarnowitz, Dr. Steslicki-Laurahütte, zu drei Monaten, der Redakteur der „Gazeta Robotnicza", Genosse Brzeskwiniewicz zu zwei Monaten Gefängnis und der Redakteur des „Gornoslazak", v. Wolski, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung soll begangen sein durch Verbreitung der Reichstagsrede des polnischen Abgeordneten Dr. Dziembowski.

Eine neue Hiobspost aus Südwestafrika meldet die „Köln. Ztg.": „Die Mole in Swakopmund, über deren mangelhaften Zustand schon mehrfach berichtet wurde, ist nunmehr nach neueren Nachrichten durch den schweren Seegang der letzten Wochen derart beschädigt worden, daß die Landung der Truppen und des militärischen Materials die größten Schwierigkeiten bietet, und die fortdauernde Mobilmachung nur sehr langsam vor sich gehen kann. Der Seegang war so stürmisch, daß eine Anzahl Leichter, die die Wörmann-Linie zur Bewältigung des Verkehrs eiligst nach Swakopmund hatte kommen lassen, durch Strandung unbrauchbar geworden ist. Es sind an der Mole wahrscheinlich sehr kostspielige Ausbesserungsarbeiten notwendig." — Natürlich wird dadurch der Fortgang unseres Kolonialkrieges aufs neue empfindlich verzögert werden. Wieviel Millionen er noch verschlingen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Von den eigenen Kameraden erschossen. Nach amtlicher Meldung ist in Südwestafrika der Leutnant Guido Haas vom 2. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 47 (Posen) infolge Unvorsichtigkeit von einer Ordonnanz erschossen worden. — Wenn die deutschen Truppen sich gegenseitig totschießen — bekanntlich sind ähnliche Verwechselungen schon häufiger vorgekommen — brauchen nicht die Hereros das traurige Geschäft zu besorgen.

Eine ekelhafte Soldatenmißhandlung bildete den Gegenstand einer Kriegsgerichtsverhandlung vor dem Kriegsgerichte in Landau (Pfalz). Der Unteroffizier Heinrich Ruby der 8. Kompanie des 23. Inf.-Regiment in Saargemünd hatte sich der Anstiftung von Untergebenen zur Mißhandlung Untergebener schuldig gemacht. Was durch die Verhandlung aus dem Kasernenleben zutage gefördert wurde, ist ein Bild von solch infamer Roheit und Gemeinheit, wie es nur ein Gehirn eines saarabischen Unteroffiziers ausbrüten kann. Der Angeklagte kam am 3. Juni, wo er Unteroffizier vom Tagesdienst war, abends auf das Zimmer 21, um den Rapport abzunehmen. Dabei bemerkte er, daß der Zimmerälteste, Infanterist Adrian, Kautabak im Munde hatte. Er befahl dem Adrian, den Kautabak aus dem Munde zu nehmen und ihn dem Infanteristen Nuß in den Mund zu stecken. Beide Infanteristen mußten auf Befehl diese Prozedur dreimal hintereinander abwechselungsweise wiederholen. Dann befahl er dem Adrian, nachdem der Tabak ebenfalls auf Befehl ordentlich zerkaut werden mußte, die sich daraus ergebende Brühe dem Nuß ins Gesicht zu spucken, was Adrian jedoch nicht tat, obwohl der Angeklagte drohte, er werde ihn, wenn er es nicht tue, auf die Backen hauen und nachts ordentlich schruppen lassen. Von da ging er weiter. Auf Zimmer 22 machte er sich mit zwei Infanteristen das gleiche Vergnügen, den beiden Soldaten wurde dabei so übel, daß sie mehrere Tage nichts essen konnten. Der Angeklagte erhielt 4 Monate Gefängnis nebst Degradation zudiktiert. — Welche Unmasse Gefühlsroheit zeigt dieser Fall und welche grenzenlose Macht bildet sich so ein Vorgesetzter ein, zu besitzen! Hätten die armen Soldaten dem Befehl — den Tabak abwechselnd von einem Munde in den andern zu nehmen und zu kauen — nicht entsprochen, dann hätte man wohl eine Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft konstruiert, und die Gehorsamsverweigerer wären wohl kaum mit 4 Monaten Gefängnis davon gekommen.

Ein Soldatenschinder. Das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. verurteilte den Unteroffizier Hugo Pokel vom 87. Infanterieregiment in Mainz wegen Soldatenmißhandlungen zu 8 Monaten Gefängnis und Degradation. Es wurden 40 Mißhandlungsfälle und 166 Fälle vorschriftswidriger Behandlung festgestellt.

Kleine politische Nachrichten. Das preußische Abgeordnetenhaus hat sich Montagnachmittag vertagt. Die nächste Sitzung findet am 25. Oktober statt. — Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr v. Stengel hat eine Belohnung erhalten in Form des Königlichen Kronenordens 1. Klasse, vermutlich für die Erledigung der nach ihm der Stengel genannten kleinen Reichsfinanzreform. — Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei, der in Aschaffenburg abzuhalten ist, wird nach der „Demokr. Korr." voraussichtlich am 24. und 25. September stattfinden. — Gerüchten zufolge ist die Ernennung des Generalgouverneurs von Charkow Fürsten Obolensky zum Generalgouverneur von Finland wahrscheinlich. — Das Erscheinen des Helsingforser Blattes „Päivälehti" ist durch die russische Behörde verboten worden. — Die französische Deputiertenkammer nahm den Rest des Militärgesetzes an, das am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll. — Die Krönung des Königs Peter von Serbien wird nach einem Beschluß des Ministerrates am 21. September im Kloster Zica stattfinden. — Die Marineinspektion der Vereinigten Staaten schlägt den Bau von Torpedobooten mit stärkeren Maschinen vor, die eine Geschwindigkeit von 25 Seemeilen allezeit und bei jeder Witterung mit Sicherheit gewährleisten. — Der englische Oberst Younghusband hatte eine Zusammenkunft mit den tibetanischen Unterhändlern. Der Oberst verlangte als Vorbedingung für die weiteren Verhandlungen Räumung der Festung. Die Unterhändler sagten Prüfung der Forderung zu.

Rußland.

Eine Straßendemonstration der sozialdemokratischen Arbeiter hat am 26. Juni in Warschau stattgefunden. Die Demonstration ist als ein Ausdruck der allgemeinen Erregung zu betrachten, die in Warschauer Arbeiterkreisen sowohl infolge der Krise und der enormen Arbeitslosigkeit herrscht, wie namentlich infolge der jüngsten einander so schnell folgenden Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär, wie der bewaffnete Widerstand in der sozialdemokratischen Druckerei, dann die Maidemonstration, die Vorgänge bei dem Begräbnis des Genossen Birenzweig, vor allem aber die jüngste Straßenschlacht aus Anlaß des Fabrikbrandes in der Grzybowskastraße. Unter dem gewaltigen Eindruck dieses letzteren Zusammenstoßes mit den Polizisten, Kosaken und dem Militär, wobei so zahlreiche Opfer fielen, beschlossen die sozialdemokratischen Arbeiter, durch eine offene, wenn auch friedliche Demonstration gegen das herrschende absolutistische Regime ihrer Stimmung Ausdruck zu geben. Mittags um 1 Uhr hatte sich, so schreibt man dem „Vorw.", auf dem Bankplatz, wo auch die diesjährige Maidemonstration der Sozialdemokratie arrangiert war, etwa eine 350 Mann starke Arbeitermenge eingefunden, die, in geschlossene Reihen geordnet, den Zug eröffnete. Es wurde eine große rote Fahne hoch über den Köpfen der Marschierenden entfaltet, die die Aufschrift trug auf der einen Seite: „Krieg dem Kriege! Hoch der Sozialismus!" und auf der andern: „Nieder mit dem Absolutismus! Es lebe die S.-D. K. P. u. L.!" (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen). Außerdem wurde aber vor dem Zuge von einigen Arbeitern eine große rote, seidene Schärpe getragen, die, in die Breite entfaltet, die Aufschrift trug: „Brot und Arbeit!" Unterwegs kamen immer mehr Arbeiter hinzu, so daß bald etwa 1000 Personen im Zuge schritten. Die Arbeiter marschierten mit entblößten Köpfen und mit dem mächtigen Chorgesang des polnischen Parteiliedes „Die rote Fahne". Der Eindruck, den der Zug machte, war ein überwältigender. Das ängstliche Publikum befürchtete offenbar nach den jüngsten Vorgängen bald eine blutige Straßenschlacht mit dem Militär und beeilte sich, von der Bildfläche zu verschwinden. Man flüchtete in die umliegenden Häuser, die Haustore wurden geschlossen. Aber auch die einzelnen Polizisten und die Hausknechte, die unterwegs angetroffen wurden, hielten diesmal ihre brutalen Gelüste im Zügel: sie gingen dem Arbeiterzuge aus dem Wege und zogen sogar ihre Mütze vom Kopfe. Erst in der Chlodnastraße stürzte sich auf die Demonstranten ein zahlreiches Detachement von Schutzleuten und Gendarmen mit Säbeln und Revolvern. Doch sofort wurden alsdann die Fahne und die Schärpe zusammengefaltet und versteckt, und der Zug löste sich auf, um ein Straßengemetzel zu vermeiden. Verhaftet wurden etwa acht bis zehn Personen. Die Arbeiterschaft war nach dieser so wohlgelungenen Demonstration in außerordentlich begeisterter Stimmung.

Die Not in den russischen Grenzgebieten ist, wie oberschlesischen Blättern von der schlesisch-russischen Grenze gemeldet wird, **unbeschreiblich.** Infolge der Ausfuhr der Lebensmittel nach dem Kriegsschauplatz sind solche im Grenzgebiet kaum zu haben und schrecklich teuer. Da auch der Verdienst der Arbeiter bis weit unter 50 Proz. des früheren Lohnes gefallen ist, so können sich diese nicht mehr gehörig ernähren und sterben vor Hunger und Entbehrung auf den Straßen und Wegen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Eisenbahnerstreik beschäftigt noch immer die Gerichte in Ungarn. Montag begann vor dem Schwurgericht in Budapest die Verhandlung gegen jene Eisenbahnstreikenden, die auf dem Rakoser Rangierbahnhofe den Zugverkehr angeblich gewaltsam hinderten, indem sie die Bremsen und Signalvorrichtungen zerstörten und die elektrischen Lampen und Drähte entfernten. Der Staatsanwalt erhob gegen die 15 Angeschuldigte Anklage wegen Widerstand gegen Staatsgewalt und gegen 13 Angeschuldigte wegen „gefährlicher Handlungen". Bei ihrem Verhör bestritten sämtliche Angeklagte jede Schuld. Da mehr als 50 Zeugen zu vernehmen sind, ist der Urteilsspruch erst in einigen Tagen zu erwarten.

Italien.

Ein Millionenfalliffement. Das Bankhaus Fratelli Cassinis u. Cie. in Turin, eins der angesehensten am Platze, das im Seidenhandel eine sehr hohe Stellung einnimmt, ist bankerott geworden. Die Passiva belaufen sich auf vierzehn Millionen Lire, denen sehr viel kleinere Aktiven gegenüberstehen.

Belgien.

Kongogreuel. Die Passagiere des Montag in Antwerpen eingetroffenen Kongodampfers „Philippeville" berichten, am 20. Mai sei ein Posten von 15 Mann in der Nähe der Station Ndobo im Mongallagebiet von den Boudjas angegriffen. Vier Mann, darunter der Stationschef und Instruktionsoffizier Rauß, seien getötet, ihre Leichnahme in Stücke geschnitten und hätten den Eingeborenen zur Mahlzeit gedient. Ein einziger Soldat entkam und überbrachte die Nachricht nach Ndobo. 200 Mann wurden sofort zur Züchtigung der Rebellen abgesandt. Im Aequatorgebiet befindet sich der Stamm der Bakutus in Aufruhr. Major Malfeyt begann seine Inspektionsreise im Aequatorgebiet. Nach amtlicher Versicherung ist sein Reisezweck, sich zu vergewissern, ob die Eingeborenen genügend geschützt sind.

England.

Mit dem Säbel gerasselt hat ein wenig Lord Curzon, Vizekönig von Indien. In einer Rede, die er am Sonntag in Dover hielt, führte er aus, in Indien sei er als Vizekönig verantwortlich für die Verteidigung der weitgestreckten Grenze gegen eine europäische Macht (Rußland! Red.). Er müsse deshalb, obgleich er den Frieden wünsche, erforderlichenfalls zum Angriff übergehen.

Vereinigte Staaten.

Der weiße Schrecken. Nach einer Kabel-Meldung des „B. T." aus Newyork wurde in Kolorado der Präsident der Western Federation nebst 30 Genossen wegen Mordes und Aufruhrs angeklagt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 5. Juli 1904.

Die einstweilige Verfügung, welche anläßlich des Bäckerstreiks gegen die Lohnkommission der Bäcker, sowie gegen den Verleger unseres Blattes erlassen worden ist, sollte in dem heute stattfindenden zweiten Verhandlungstermin vom Landgericht wiederum auf ihre Rechtsgültigkeit geprüft werden. Die Verhandlung begann um 9 Uhr. Die Ausführungen des Bäckerinnungsanwalts, Herrn Dr. Wittern, deckten sich nahezu vollständig mit der Rede, die er s. Z. im „Zirkus Reuterkrug" gehalten hat. Er behauptete, der Streik sei zu Gunsten der Genossenschaftsbäckerei inszeniert worden, in demselben Atemzuge aber erklärte er wieder, von einem Streik könne eigentlich gar keine Rede sein, da die Mehrzahl der Bäckergesellen mit ihrer Lage sehr zufrieden gewesen sei und mit den Meistern im besten Einvernehmen gelebt hätte. Im Uebrigen sei in der Verbandsversammlung der Bäcker der Streik nur von den Genossenschaftsbäckern und einigen Leuten, die vielleicht früher einmal Bäcker, dann aber als Lastadiearbeiter, Handlanger usw. tätig gewesen seien, beschlossen worden. Schließlich erbot sich der Bäckerinnungsanwalt, Beweis darüber zu führen, daß Allmann in Hamburg vom Streik abgeraten, Wolz dagegen erklärt habe, der Streik müsse jetzt inszeniert werden, damit die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hochkomme. Seitens des Bäcker-Verbandes und unseres Verlages fungierte Herr Rechtsanwalt Dr. Plessing als Vertreter. Derselbe zerpflückte die gegnerischen Einwendungen und ersuchte um Vernehmung zweier persönlich zitierter Zeugen. Dieselben wurden jedoch nicht vernommen. Nach zweistündiger Verhandlung erklärte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtspräsident Dr. Hoppenstedt, daß jedenfalls auf grund der mündlich gestellten Beweisanträge 2c. kein genauer Tatbestand festgestellt werden könne. Hierüber zu entscheiden sei jedoch Sache des Gerichts. Er beraumte dann einen neuen Termin zwecks Verkündung der Entscheidung auf nächsten Dienstag an. — Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß in acht Tagen ein Beweisbeschluß ergehen, d. h. also nochmals neuer Termin zur Beweiserhebung, resp. weiteren mündlichen Verhandlung anberaumt wird. Wie lange die Sache denn noch dauern wird, das kann sich jeder selbst ausmalen, der die „Prompheit" unserer Justizpflege kennt. Im Uebrigen lieferte uns die heutige Verhandlung den Beweis, auf wie schwachen Füßen die Rechtsgrundsätze der Bäckerinnung und ihrer Freunde stehen.

Ein neues Zuckerbrod für die Arbeiterklasse, um diese der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, bringen die „Lübeckischen Anzeigen" in Vorschlag. Sie plaidieren nämlich in einem Leitartikel für die Errichtung von Arbeitskammern und hoffen damit eine weitere „Brücke zum sozialen Frieden" gefunden zu haben. Daß sie bei diesem Vorschlage keine uneigennützigen, lediglich dem Interesse für die Arbeiterschaft entspringenden Ziele verfolgen, geht schon daraus hervor, daß sie die auf Errichtung von Arbeitsämtern hinzielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie völlig ignorieren, dafür aber die für jeden Kenner der Verhältnisse gerade lächerlich klingende Behauptung aufstellen, die Sozialdemokratie sei eine Gegnerin der Sozialpolitik. Jeder im politischen Leben stehende Mensch sollte aber eigentlich wissen, daß die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen für eine wirkungsvolle Sozialpolitik eingetreten ist, wobei sie allerdings jenes in unserer heutigen Sozialgesetzgebung zum Vorschein kommende Flickwerk im Interesse der Arbeiterschaft bekämpft und diesem gegenüber ihre Forderungen vertreten hat. Es sollte ferner auch selbst nationalliberalen Herren bekannt sein, daß, wie selbst Bismarck zugegeben hat, ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform bestände. — Angesichts dieser Tatsachen nimmt sich die Behauptung des „arbeiterfreundlichen" Amtsblattes recht sonderbar aus; sie soll bezwecken, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern Abend unter zahlreichem Besuch der Genossen im „Vereinshaus" abgehalten wurde, gab Genosse Ehlers zunächst den Kassenbericht für das zweite Quartal 1904. Derselbe schloß bei einer Gesamteinnahme von 4473,84 Mk. (inkl. Kassenbestand) mit einem Ueberschuß von 3377,54 Mk. ab. Die Einnahme im 2. Quartal bezifferte sich auf 2005,41 Mk., die Ausgabe auf 1696,30 Mk., mithin ist hier ein Ueberschuß von 909.11 Mk. zu verzeichnen. Auf Antrag des Vorstandes wurden 300 Mk. für die Parteikasse in Berlin bewilligt. Die Mitgliederzahl ist von 1759 am Schlusse des 1. Quartals auf **1859** gestiegen. — Auf Antrag des Vorstandes wurde sodann die Anstellung eines 4. Boten beschlossen. Gewählt wurde Genosse Ploog. — Den nächsten Punkt bildete ein Vortrag des Genossen Stelling über sozialdemokratische Gemeindepolitik. Redner erläuterte den Kommunalprogramm-Entwurf des Genossen Lindemann und stellte Vergleiche an zwischen diesem und der Landgemeindeordnung für den Lübeckischen Freistaat. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Th. Schwartz, W. Ehlers, Borke und Friedrich. — Nach Erledigung einiger unwesentlicher Sachen trat Schluß ein.

Die Zeitung als Förderin von Verbrechen. Eine zutreffende gerechte Beurteilung erfuhren kürzlich in Hannover bei der Begründung eines Schwurgerichtsurteils diejenigen Zeitungen, die immer noch die Inserate über angepriesene Hilfeleistung bei Blutstockung usw. aufnehmen. Die Ehefrau Hartmann in Hannover, eine gewerbsmäßige Verbrecherin gegen das keimende Leben, hatte solche Inserate erlassen und war auf Grund dieser Inserate mit ihren zahlreichen Opfern zusammengekommen. Sie wurde zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Schwurgerichtsvorsitzende führte u. A. aus: Eine große Schuld an diesen zur Aburteilung gelangten Verbrechen habe die Zeitung, die die von der Angeklagten erlassenen Blutstockungsinserate aufgenommen hätte. Die Zeitung hätte ohne erhebliche Sorgfalt bei Annahme des Inserats feststellen können, daß das Inserat aus einer Werkstätte für Abtreibung herstammt. Ohne auf die Prüfung eines juristischen Verschuldens einzugehen, müsse konstatiert werden, daß diese Zeituug eine schwere moralische Verantwortung für die Verbrechen zu tragen habe. Die unglücklichen Opfer hätten die gewerbsmäßige Abtreiberin nicht kennen gelernt, wenn nicht die Zeitung solche Inserate von derselben veröffentlicht hätte. Es sei gegen solche Verfehlungen der Zeitungen im allgemeinen Interesse auf das Entschiedenste Front zu machen. — Aehnliche Inserate, wie die hier monierten, kann man täglich in der bürgerlichen Presse finden. Was nützen aber alle moralischen Ohrfeigen, diese Presse ist gegen alle derartigen Anklagen gefeit, der Profit geht ihr über alle Moral. Ob man diese Sorte Blätter, an denen der Staatsanwalt eine solche vernichtende Kritik übte, auch zu der „anständigen Presse" zählt?

Eine für Empfänger von Unfallrenten bedeutsame Entscheidung hat das preußische Ober-Verwaltungsgericht gefällt. Ueber das Verhältnis der Unfallversicherung zu Krankenkassen, Armenverbänden 2c. sagt § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes: „Die Verpflichtung der eingeschriebenen Hilfskassen sowie der sonstigen Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und anderen Unterstützungskassen, den von Unfällen betroffenen Arbeitern und Betriebsbeamten sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren, sowie die Verpflichtung von Gemeinden oder Armenverbänden zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen wird durch dieses Gesetz nicht berührt. — Wenn auf Grund solcher Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet werden, für welche den Unterstützten nach Maßgabe dieses Gesetzes ein Entschädigungsanspruch zustand oder noch zusteht, so ist hierfür den die Unterstützung gewährenden Kassen, Gemeinden oder Armenverbänden durch Ueberweisung von Rentenbeträgen Ersatz zu leisten." Die folgenden Absätze des §25 treffen dann nähere Bestimmung über die Höhe der Ersatzleistung 2c. — Darüber, ob die von einem Armenverband, einer Krankenkasse 2c. gewährte Unterstützung im fraglichen Fall irgendwie ursächlich mit dem Unfall zusammenhängen muß, schweigt sich das Gesetz völlig aus. Hierauf stützte sich der Ortsarmenverband Stettin, indem er auf Rentenbezüge des Unfallrentners P., eines im Maurerberuf Verunglückten, Anspruch erhob dafür, daß er ihn im Krankenhause hatten verpflegen lassen. Die Krankheit, wegen der es geschah, hing mit dem früheren Unfall P.'s nicht zusammen. Der Bezirksausschuß erachtete den Anspruch des Armenverbandes für gerechtfertigt. Das Ober-Verwaltungsgericht hob jedoch das Urteil auf und wies die Klage des Armenverbandes gänzlich ab. Begründend wurde ausgeführt: Allerdings könne für die vorliegende Streitfrage aus dem Wortlaut des § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes nichts Entscheidendes entnommen werden. Gleichwohl sei anzunehmen, daß die Anwendung des § 25 voraussetze, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Unfall und der von einem Armenverband, einer Krankenkasse 2c. gewährten Unterstützung bestehe. Da das hier nicht der Fall sei, so habe Stettin keinen Anspruch auf Rentenbeträge P.'s.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Altona versuchte sich ein Liebespaar zunächst zu erschießen und, als das fehlschlug, in der Elbe zu ertränken. Sie wurden gerettet. Hoffentlich haben sie jetzt ihre selbstmörderischen Absichten aufgegeben. — Der Bootsmannsmaat Düffert von der Torpedoabteilung in Kiel hat 2000 Mark von der Menagekasse unterschlagen und ist geflüchtet. — Nach einer Meldung aus Heiligenhafen ist in der Gohwachter Bucht ein Fischerboot mit der Besatzung untergegangen. — Eines Mädchens wegen wurde in Klätzin bei Heiligenhafen ein Arbeiter von einem anderen erstochen. — Bei der Heuwerbung wurde in Vellahn ein Mann vom Hitzschlag betroffen und war sofort tot. — Beim Baden in der Sude bei Lübtheen ertrank der 29jährige Zigarrenarbeiter Jenss. — Die erblindete Frau Rohde in Waren i. M. stürzte am Sonnabendabend in die Jauchengrube auf dem Hofe ihres Grundstückes. Erst nach geraumer Zeit wurde die Verunglückte von Mitbewohnern gefunden, starb jedoch bald darauf.

Hamburg. Der Bierboykott abermals verhängt! Was angesichts der Vorgänge der letzten Tage zu befürchten war, ist eingetreten: Die Gewerkschaftskartelle von Hamburg und Umgegend haben infolge des nach ihrer Ueberzeugung vertragswidrigen, wortbrüchigen und den Grundsätzen von Treu und Glauben zuwiderlaufenden Verhalten des Brauereiringes mit überwältigender Majorität abermals den Boykott über die 22 dem Ringe (Versicherungsverbande) angehörenden Hamburger Brauereien verhängt. In der Versammlung, welche am Sonnabendabend stattfand, ward erklärt, daß seitens der Brauereien ganz offenkundig gegebene bündige mündliche Zusicherungen nicht gehalten resp. als nicht zu Recht bestehend behandelt würden, daß ihnen offenbar nur daran gelegen gewesen sei, durch Dupierung der Kartellkommission die Aufhebung des ihnen äußerst unbequemen Boykotts durchzusetzen, und daß sie, wie offen zugegeben, gar nicht daran dächten, die Grundbedingung für einen wirksamen Friedensvertrag, die Wiedereinstellung der Ausständigen, auch nur in halbwegs absehbarer Zeit zur Ausführung zu bringen, vielmehr mit der ausgesprochenen Absicht umgingen, gewisse Arbeiter, namentlich die Brauer, dauernd von ihren Betrieben auszuschließen. Es sei mit einer Doppelzüngigkeit gegen die Arbeiterschaft vorgegangen, die diese nicht kenne, nicht übe und nicht dulde. In der Diskussion ward mehrfach die übergroße Vertrauensseligkeit der Kartellkommission scharf getadelt, die sich von einem in dieser Hinsicht längst bekannten Gegner habe hinters Licht führen lassen. Gegen die etwaige Wiederverhängung des Boykotts sprach sich nur ein Redner aus. Schließlich ward ein Antrag angenommen, wonach die Kartellkommission, falls die Versammlung der Brauereiarbeiter einen diesbezüglichen Antrag stellen sollte, den Boykott sofort wieder verhängen soll. Ferner ward die Leitung des Boykotts in die Hände der Kartellkommission gelegt und dieser zur wirksamen Durchführung desselben die in erheblich verschärftem Maße zu erfolgen habe, ein entsprechender Kredit zur Verfügung gestellt — Die Ausständigen hielten Montagnachmittag eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Streik von neuem zu proklamieren und bei der Kartellkommission die sofortige Verhängung des Boykotts über die 22 Brauereien zu beantragen. Das ist geschehen. **Der Boykott ist damit abermals verhängt.** Die Küper werden über die Angelegenheit, wie schon bisher, gesondert in ihrer Mitgliederversammlung entscheiden.

Hamburg. Einsturz einer Dampferbrücke. Ein Unfall, der leicht die schlimmsten Folgen hätte haben können, ereignete sich Sonntagabend gegen 9 Uhr am Reiherstieg in Wilhelmsburg. Der Sozialdemokratische Verein für den ersten Hamburger Wahlkreis beging am Sonntag in Stübens Volksgarten in Wilhelmsburg sein Sommerfest. Gegen 9 Uhr wollte eine größere Zahl Festteilnehmer, darunter viele Frauen und Kinder, die Heimfahrt antreten und begab sich deshalb nach der Wetternschen Dampferlandungsbrücke. Es mochten etwa 15—20 Erwachsene und eine Anzahl Kinder auf der Brücke sein, die den Dampfer „Wilhelmsburg" erwarteten, der sie nach Hamburg zurückbringen sollte, als plötzlich die Brücke mit lautem Krach zusammenbrach und die darauf befindlichen Personen, soweit sie sich nicht noch schnell in Sicherheit bringen konnten, ins Wasser stürzten. Zum Glück war es noch hell, so daß sich die Unfallstelle mit den im Wasser sich abmühenden Männern, Frauen und Kindern leicht übersehen ließ, wodurch das Rettungswerk erleichtert wurde. Die anwesenden Parteigenossen griffen sofort zu und retteten Frauen und Kinder, während die Männer meist ohne fremde Hülfe ans Ufer gelangten. Fünf Frauen und eine größere Anzahl Kinder wurden alsbald auf das Trockene gebracht. Ertrunken ist glücklicherweise niemand.

Hadersleben. Der Dänenkoller treibt immer tollere Blüten. Der ausgewiesene Milchhändler Knudsen Midtgaard wurde auf Anordnung des Landrats, als er diesen besuchte, um einen vorübergehenden Aufenthalt zur Ordnung seiner Angelegenheiten zu erwirken, von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis geführt, und erst gegen Stellung einer Kaution von 1500 Mark wieder freigelassen. Selbstverständlich hat er dem „gastlichen" Deutschland sofort den Rücken gekehrt. Das Vorgehen des Landrats hat allgemeines Aufsehen erregt.

Güstrow. Das Schwurgericht verhandelte an seinem letzten Sitzungstage gegen den Schmiedemeister und Gastwirt Schallge zu Sandkrug, dessen Ehefrau und gegen seinen Schwiegervater, den Holländer und Meiereipächter Düker zu Molzow. Dem Gastwirt Schallge wurde zur Last gelegt, am 12. Januar d. Js. zu Sandkrug als Schuldner, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke bei Seite geschafft zu haben, durch dieselbe Handlung auch, obwohl er seine Zahlungsunfähigkeit kannte, einem Gläubiger, in der Absicht, ihn vor den übrigen Gläubigern zu begünstigen, eine Befriedigung gewährt zu haben, indem er am Vormittage des 12. Januar 1904 fünf Kühe und zwei Starken dem Angeklagten Düker zur Befriedigung wegen der diesem gegen ihn zustehenden, aber nicht fälligen Forderung von 1000 Mark an Zahlungsstatt hingab, auch an demselben Tage eine Anzahl weiterer ihm gehöriger Sachen, darunter 2 Koffer, mehrere Bettstücke, Kornsäcke und Kleidungsstücke an seinen Schwager, Schmiedemeister Dobus zu Lübeck geschickt zu haben, ebenfalls in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen. Die Angeklagte Ehefrau Schallge war beschuldigt, ihrem Manne beim Verpacken der nach Lübeck zu schickenden Sachen Hilfe geleistet zu haben. Dem Angeklagten Düker wurde zur Last gelegt, dem Angeklagten Schallge durch eindringliches Zureden bestimmt zu haben, ihm seine Kühe und Starken an Zahlungsstatt zu übereignen. Der Ehemann Schallge wurde zu 9 Monaten, die Ehefrau zu 6 Wochen und der Schwiegervater zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — In der zweiten Sache gegen die Arbeiter Klemmer und Selle aus Zielow wegen Sittlichkeitsverbrechens wurden nach nicht öffentlicher Verhandlung Klemmer zu 7 Monaten, Selle zu 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Bremen. Von der „gesicherten" Existenz der Arbeiter. Wie der Bremer Vulkan fünfundvierzigjährige treue Dienste belohnt, davon legt ein Fall, der sich kürzlich im genannten Betriebe ereignete, Zeugnis ab. Der Nieter Sch., der sein ganzes Leben bei der Firma beschäftigt war, ist vor einigen Tagen wegen nicht genügender Arbeitsleistung (!) von dem Nietmeister Polley entlassen worden. Dabei brauchte Polley Worte, die Sch., der nochmal so alt wie dieser saubere Nietermeister ist, tief kränken mußten. Der entlassene Sch., der seine beste Kraft in dem genannten Betriebe und seinem Vorgänger verbraucht hat, ist heute Invalide, er hat einen doppelten Bruch, den er auf dem „Vulkan" gewiß nicht vom Faulenzen bekommen hat. Wenn ein Arbeiter 45 Jahre in einem Betriebe arbeitete, dann ist wohl so viel sicher, daß er ein solider, ruhiger und tüchtiger Arbeiter sein muß. Dieser Fall wird hoffentlich dazu beitragen, daß auch die indifferenten Arbeiter endlich einsehen, wie „human" der Kapitalismus mit alten, ergrauten Arbeitern verfährt. Es muß dann auch ihnen die Ueberzeugung aufdämmern, daß es hiergegen nur eine Macht gibt, nämlich die Organisation. — Zur Arbeitsniederlegung der christlichen Bauhandwerker wird gemeldet: In der entscheidenden Versammlung wurde ausgeführt, daß nur wenige, geringfügige Punkte sie von den Arbeitgebern trennten, über die eine Einigung erzielt worden wäre, wenn nur Verhandlungen in die Wege geleitet worden wären. Aber die Arbeitgeber hätten es nicht für gut befunden, mit den christlich-nationalen Arbeitern zu verhandeln. Wegen dieses Verhaltens sei es ihnen unmöglich gewesen, mit den Arbeitgebern weiter zu arbeiten. Sie hätten das Möglichste getan, um den Frieden im Baugewerbe zu erhalten, d. h. im Trüben zu fischen. — Die Scharfgemachten im Holzgewerbe treten in Aktion. Am Freitag Abend beschlossen sie, für jeden Ledigen, der Bremen verlassen würde, je einen Verheirateten zu entlassen. Diesem brutalen Beschlusse kamen Sonnabendabend eine Anzahl Unternehmer nach. Verheiratete Tischler, die lange Jahre in einer Werkstatt gearbeitet haben, wurden ohne weiteres entlassen. Wie groß die Zahl der Entlassenen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Bremerhaven. Ein Menschenleben um 50 Pfennige. Der Schiffszimmererlehrling Lucht badete am Sonnabend gegen Abend bei der Bremerhavener Badeanstalt in der Weser. Beim Spaziergang über die Hafenmole verlor ein Passant einen Regenschirm, für dessen Wiederbeschaffung derselbe dem dort Badenden 50 Pfennige zusicherte. Trotzdem ein Hafenpolizist, der zufälligerweise vorüberging, entschieden abriet, ein solches Wagestück zu unternehmen, versuchte Lucht doch in den Besitz des Schirmes zu gelangen und ist hierbei ertrunken. Einen ihm, als er bereits in Lebensgefahr schwebte, zugeworfenen Rettungsring ohne Leine vermochte er nicht mehr zu fassen. Ein blühendes Menschenleben war dahin um 50 Pfg.

Der Untergang des Dampfers „Norge".

Das Jahr 1904 steht unter einem furchtbaren Stern; mit blutigen Lettern hat es sich in die Geschichte der Schreckensjahre eingezeichnet. Mit den Totenglocken von Chikago, wo hunderte von Menschen einem verheerenden Theaterbrande zum Opfer fielen, wurde das Unglücksjahr eingeläutet. Die Schreckensbrände von Baltimore und Aalesund reihten sich an. Dann erfolgte unlängst erst der Brand eines New Yorker Vergnügungsdampfers, bei dem weit über 1000 Menschen ihr Leben lassen mußten, dazu meist Frauen und Kinder, ein Umstand, der die Tragik nur noch zu erhöhen geeignet war. Und nun versetzt, kaum daß das zweite Halbjahr begonnen hat, eine neue furchtbare Katastrophe die Welt in Trauer. Wie schon gestern in aller Kürze von uns gemeldet wurde, ist bei den Hebriden, einer britannischen Inselgruppe westlich von Schottland, der dänische Auswandererdampfer „Norge" untergegangen. Noch läßt sich der ganze Umfang des Unglücks nicht absehen, da sich mehrere Boote mit Schiffbrüchigen gerettet haben. So brachte der Fischdampfer „Salvia" 27 Passagiere von der „Norge" in Grimsby ein; ferner wurden in Stornoway 101 Schiffbrüchige von der „Norge" durch einen deutschen und

einen englischen Dampfer gelandet. Die „Norge", ein in Glasgow gebauter eiserner Dampfer von 3318 Tonnen, hatte Mittwoch vor acht Tagen unter Kapitän Gundel Kopenhagen verlassen. Die Auswanderer an Bord waren Dänen (79), Schweden (68), Norwegen (296), Russen (236) und Finländer (15). Alles ging gut, bis die „Norge" in die Nähe der Rockhall-Insel kam, die ein sehr gefährliches Riff hat, welches sich fünf englische Meilen unter dem Meere erstreckt. Hier fuhr die „Norge" am Dienstagmorgen 7.30 Uhr auf. Es wurde Gegendampf gegeben und das Schiff kam wieder in tiefes Wasser, hatte aber am Bug einen solchen Riß bekommen, daß es schnell sank. Auf dem Verdeck gab es eine wilde Panik, alles eilte nach den Booten, von denen zwei hinabgelassen und mit Passagieren gefüllt wurden, aber der heftige Wellengang schleuderte die Boote gegen das Schiff, sodaß sie zerschellten. Drei Boote mit Passagieren kamen sicher fort. Die „Norge" sank dann schnell; wer schwimmen konnte, schwamm den drei Booten nach. Diese waren aber schon zu voll, man mußte die Rettung Suchenden mit den Rudern zurückschlagen. Eines der Boote traf nach 24 Stunden die „Salvia". Unter den von ihr geretteten Passagieren befinden sich 19 Männer, 6 Frauen und ein Mädchen. Die „Salvia" kehrte von einer Fischfangtour zurück, welche sich bis jenseits der Farör-Inseln erstreckt hatte. Am Mittwoch um 7 Uhr morgens hatten die Insassen des Rettungsbootes der „Norge" am Horizonte den Rauch der „Salvia" entdeckt und dann mit Taschentüchern und Shawls immerfort Zeichen gegeben, bis sie bemerkten, daß die „Salvia" langsam herankam. Nachdem diese die Schiffbrüchigen aufgenommen hatte, dampfte sie zur Unglücksstelle. Dort schwammen noch Hunderte von Leichen mit Rettungsgürteln umher. Die Schiffbrüchigen erzählen, daß genügend Rettungsgürtel an Bord gewesen seien, viele Auswanderer aber in der Panik ins Wasser gesprungen seien, um die Boote zu erreichen. Wer ruhig an Bord blieb, erhielt einen Rettungsgürtel und kam in das Rettungsboot, welches die „Salvia" fand. Außer den geretteten 26 Personen, worunter ein fünfjähriges Mädchen ist, war auch ein Offizier der „Norge" in das Rettungsboot gestiegen, da ihm aber das Boot zu voll besetzt schien, sprang er wieder hinaus, um zu dem anderen Boote hinüberzuschwimmen; dabei ertrank er. Kapitän Gundel blieb durchaus ruhig und war mit vielen anderen auf der Brücke, als die „Norge" unterging.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Sensationsprozeß. Vor dem Landgericht II begann Montag der Prozeß gegen den früheren Privatdozenten Professor Meyer und dessen Ehefrau. Die Anklage beschuldigt Meyer in 30 Fällen, die Ehefrau in 27 Fällen, beide gemeinschaftlich in 20 Fällen des vollendeten, die Ehefrau in 5 Fällen des versuchten Betruges. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld.

Hannover. Zwei Personen ertrunken. In der Nähe von Justus Garten ertranken am Sonntagvormittag zwei junge Leute beim Kahnfahren.

Göttingen. Familiendrama. Der Vizefeldwebel Kleinschmidt vom hiesigen Regiment verletzte seine Frau und sein Kind mit einem Rasiermesser schwer und schnitt sich dann selbst den Hals durch.

Kassel. Lustmord? Ein zwölfjähriges Mädchen wurde von zwei Handwerksburschen in einem Kornfelde bei Löschenrod überfallen und bestialisch am Kopf verstümmelt, sodaß alsbald der Tod eintrat. Einer der Täter wurde verhaftet.

Meiderich. Grabschändungen. Einem ähnlichen Skandal, wie vor einiger Zeit in Würzburg, ist man hier auf die Spur gekommen. Man beschuldigt den Totengräber des evangelischen Kirchhofes und seine Söhne, die Sargbeschläge von bereits vergrabenen Särgen entfernt und wieder verwertet zu haben. Es geht sogar das Gerücht, daß die Genannten, die ein Sargmagazin haben, ganze Särge wieder ausgegraben, die Leichen einfach verscharrt und die Särge dann wieder verkauft haben.

Zweibrücken. Ein Einbrecher erschossen. In der Fabrik Anton Ipper wurde in der Nacht zum Sonntag ein junger Mann, der einen Einbruch verüben wollte, von dem Nachtwächter erschossen.

Paris. Explosion eines Lokomotivkessels. Der Kessel einer Lokomotive, welche im Schuppen in der Nähe des Bahnhofs St. Lazare stand, explodierte Montagvormittag. Sechs Personen, darunter der Heizer und Lokomotivführer, erlitten ziemlich erhebliche Verletzungen. Der Materialschaden ist ebenfalls bedeutend. — Automobilunfall. Der Automobilwettfahrer Beconnais stürzte auf der Straße von Bordeaux nach Bayonne samt seinem Maschinisten aus einem mit 100 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Wagen. Beide blieben mit zerschmetterten Schädeln liegen und waren sofort tot.

New York. Schweres Eisenbahnunglück. Der Chicago-St. Louis Expreßzug entgleiste Sonntag infolge falscher Weichenstellung; durch die Lokomotive wurden die Waggons in Brand gesetzt, ungefähr 20 Personen sind tot, von denen viele verbrannten.

New Orleans. Dampferzusammenstoß. Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Galicia" ist mit dem norwegischen Dampfer „Ellis" zusammengestoßen. Näheres ist noch nicht bekannt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 1. Juli.

Der Schweinehandel verlief sehr gut.

Zugeführt wurden 30 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 53—54 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 46—48 Mk. und Ferkel —,— Mk. pro 100 Pfund.

Sonnabendnachmittag entschlief sanft meine liebe Frau und unsere gute Mutter und Großmutter

Katharina Stamer
geb. Möller

im Alter von 57 Jahren.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen.

Karl Stamer.

Beerdigung Mittwoch 12½ Uhr von der Kapelle (Burgtor) aus.

Für die überaus reiche Teilnahme anläßlich der Bestattung unseres lieben Entschlafenen, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Bernhardt sagen innigsten Dank

Familie Oldenburg.

Zu verm. zum 1. Oktober **eine gr. Stube und Küche** mit Wasser und Keller an 1 oder 2 Personen Heinrichstraße 17 a.

Zu vermieten zum 1. Oktober
eine freundliche Parterrewohnung
Schützenstraße 27.

Zum 1. Oktober eine Wohnung
im Preise von 160—180 Mk.
Ang. u. **H M 16** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Okt. 1 Wohnung,
2 Zimmer und Zubehör, 200 Mk., in der Nähe der Friedhöfe. Off. u. **W E** a. d. Exp. d. Bl.

Suche zum 1. Oktober **Laden mit Wohnung für Fettwarengeschäft** mit Keller oder Hofplatz. Ang. u. **K K B** an die Exped. d. Bl.

Eine Glucke mit Küken zu verk.
Ludwigstraße 64.

Zwei junge Tauben u. junge Küken
zu verkaufen Friedenstraße 93.

Ein Fahrrad zu verkaufen
(Preis 25 Mk.) Elisabethstraße 32, I.

Bräutleuten
empfehle mein großes Lager in
Möbeln, Spiegeln
und
Polsterwaren
von guter dauerhafter Arbeit.
Carl Folekers
Möbelmagazin,
23 Marlesgrube 25.
Wer auf gute Waare hält, findet sich in der Welt.

Gesangverein „Eintracht"

General-Versammlung
am Mittwoch den 6. Juli
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Vorschläge.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Dammsche Klavierschule
zu kaufen gesucht.
Ang. u. **P** an die Exped. d. Bl.

Reizende Sachen in künstlichen Blumen liefert zu staunend billigen Preisen
Emma Prilop, Schlumacherstr. 11.

Achtung Werftarbeiter!

Verbands-Versammlung
am Mittwoch den 6. Juli
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sparklub „Unter Uns".
Donnerstag den 7. Juli, abds. 8½ Uhr, bei F. Leeke.

Markthalle Stand 24:
Billiges Hammelfleisch und Keulen.

Oeffentliche Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
am Mittwoch den 6. Juli ds. Js.
abends 8½ Uhr
bei Herrn Paetau in Fackenburg
Tages-Ordnung:
Das Ende der Sozialdemokratie.
Referent:
Reichstagsabg. **Ad. Hoffmann-Berlin.**
Freie Diskussion gestattet.
Der Einberufer.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. Juli
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Der Extrabeitrag.
2. Antrag betr. Festlichkeit.
3. Wahl eines Revisors.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen von auswärts, welche in Lübeck arbeiten, insbesondere die Fackenburger Kollegen, eingeladen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch auf", Lübeck.
General-Versammlung
Donnerstag den 7. Juli d., abds. 8½ Uhr, im Vereinslokal.
T.-O.: Abrechnung, Aufnahme, Unterstützungskasse, Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Erschienen:

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustrirtes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwerthung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 156. Mittwoch, den 6. Juli 1904. 11 Jahrgang.

Unternehmerjustiz.

Ein Justizverbrechen an Arbeitern, das man nur in Rußland und Galizien für möglich halten sollte, wurde und wird noch in Nordfrankreich versucht. Man kennt ja die Macht des vereinigten unternehmerlichen und klerikalen Druckes im Norden, man kennt insbesondere die entmenschlichende, knechtende Wirkung dieses Druckes in den industriellen Dörfern. Das allein genügt aber für die Erklärung des Justizverbrechens von Neuvilly (bei Cambrai) nicht. Um dasselbe zu ermöglichen, mußte sich ein jegliches Rechtsgefühl ertötender bourgeoiser Klassengeist der lokaler, richterlichen und sonstigen Behörden in den Dienst einer rachsüchtigen Unternehmerfamilie stellen.

Hier der Sachverhalt in aller Kürze, wie er der „Leipz. Volksztg." aus Paris mitgeteilt wird. In Neuvilly herrscht durch den Schrecken der Hungerpeitsche die Familie Cayez, Besitzerin einer Weberei mit einigen hundert Arbeitern. Lange Jahre hindurch durfte sie ihren Hörigen alles zumuten: Hungerlöhne (1 Frank 20 Centimes, kaum 1 Mark täglich im Durchschnitt), direkte Uebervorteilungen bei der Lohnauszahlung und indirekte Prellereien durch einen Truck-Laden und ein unglaubliches Geldbußen-System. Im letzten Winter riß endlich den Bedrückten die Geduld. Sie erklärten den Streik, einen Streik der Notwehr und der Verzweiflung. Die Familie Cayez lehnte jede Unterhandlung mit den Ausständigen ab. Sie rechnete kühl auf den Hunger und auf die — gewaltsame Unterdrückung des Streiks infolge von Verzweiflungsakten der Arbeiter, die erst vor kurzem sich zu organisieren begonnen haben. Nach sechs Wochen des Kampfes, am 31. Januar 1904, kam es wirklich zu Ausschreitungen. Etwa 400 manifestierende Weber drangen in das Haus der französischen Dreißiger ein, nachdem die Besitzer vor der andrängenden Menge die Flucht ergriffen hatten. Bald darauf geriet das Haus in Flammen. . . .

Welches ist nun die Ursache der Feuersbrunst? Der Maire (Bürgermeister) von Neuvilly sagte aus, daß die entfliehenden Cayez selbst in der Eile eine brennende Lampe umgeworfen hätten. Zudem hatte der Hausbesitzer einige Tage vorher dem Maire erklärt, eine Brandstiftung zu befürchten, zugleich aber den ihm vom Maire angebotenen Gendarmenschutz abgelehnt! . . . . . Jedenfalls ergab die sofort begonnene gerichtliche Untersuchung keinerlei Indizien gegen die Streikenden, so daß die vorgenommenen Verhaftungen wieder rückgängig gemacht wurden.

Unterdessen dauerte der Streik bis zum 8. April fort. Und was geschah? Am zweiten Tage nach der Wiederaufnahme der Arbeit wurde das Dorf von Gendarmen, von Kavallerie und Infanterie besetzt und — 27 Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet! Wohlgemerkt, der Theaterstreich war von den Behörden im Einverständnis mit den Cayez vorbereitet worden. Es wurde nämlich erwiesen, daß der Tischler des Fabrikanten in einem Wagen der Cayez Bänke angebracht hatte, in demselben Wagen, in dem die Verhafteten ins Gefängnis abgeführt wurden. Daß ferner die Invasionstruppen in den Häusern der Cayez logiert wurden, versteht sich von selbst.

Die 27 Verhaftungen, denen später weitere 12 folgten, waren das Resultat eines von den Cayez besorgten Aufwandes von gekauften oder terrorisierten Falschzeugen. Und danach wurde auch die Untersuchung geleitet — unter flagranter Verletzung aller gesetzlichen Garantien. Die Verhafteten und die unbequemen Zeugen wurden angeherrscht, beschimpft, mit körperlicher Mißhandlung bedroht. Ein Gendarmen-Wachtmeister, der als Hauptuntersucher fungierte, verhörte die Arbeiter im Kabinett des Fabrikdirektors! Unter den Verhafteten befindet sich ein schwachsinniges Mädchen von 16 Jahren, Fiore Erlem, das vom Untersuchungsrichter besonders inquisitorisch wurde, um von ihm belastende Aussagen zu erpressen. . . . Genug, man glaubt in türkisch-russische Verhältnisse versetzt zu sein, wenn man die schrecklichen Einzelheiten des Justizverbrechens auf sich wirken läßt.

Das Verbrechen wurde entlarvt durch das Gewerkschaftsorgan „Voix du Peuple", das sich mit einem offenen Brief an die „Liga der Menschenrechte" wandte mit der Aufforderung, für die unschuldigen Arbeiter von Neuvilly ein gleiches zu tun wie seiner Zeit für den Hauptmann Dreyfus. Die Liga, deren Vorsitzender zur Zeit übrigens der ministeriell-sozialistische Abgeordnete Pressense ist, hat sich der Sache angenommen. Ihr erster Erfolg ist die freilich nur provisorische Freilassung von 18 Verhafteten. In der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Liga wurde der Bericht des Delegierten Rechtsanwalts Mesmin entgegengenommen, der mit der Enquete über den Fall an Ort und Stelle betraut worden war. Daraufhin erhielt Pressense den Auftrag, den Justizminister brieflich von den schweren Willkürakten der gerichtlichen Untersuchung in Kenntnis zu setzen. Den Familien der unschuldig Inhaftierten bewilligte die Liga 500 Frank. Ferner werden die nordischen Lokalgruppen der Liga eine Protestkundgebung veranstalten. Hoffentlich gelingt es, die verbrecherischen Maschenschaften der Fabrikantenfamilie und der Lokalbehörden zu vereiteln.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Maurerstreik in Waldenburg (Schl.) wurde aufgehoben, weil in letzter Woche die Zahl der Streikbrecher auf 200 gestiegen ist. Bedauerlicherweise verrichten gerade einheimische Kräfte Arbeitswilligendienste. — Der Streik in der Filz- und Reiseschuhfabrik von Sally Rosenberg in Berlin ist Freitag beigelegt worden. Die früheren Lohnsätze bleiben bestehen. Nur für eine der strittigen Arbeiten, die einen geringeren Artikel betrifft, werden künftig statt 3 Mk. nur, 2,60 Mk. bezahlt werden. Die Differenz, die vor dem Ausstand abgezogen wurde, wird nachbezahlt. Die Streikenden haben Sonnabend bereits sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Berliner Tabakarbeiter leiten gegenwärtig eine Agitation ein zu eventl. Einführung eines Tarifvertrages zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Berliner Zigarren- und Zigarettenfabrikation, um, wenn möglich, einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Fabriken festzusetzen. — Die Zimmerer in Chemnitz beschlossen in einer stark besuchten Versammlung, den Streik aus taktischen Gründen für beendet zu erklären, da nur noch 60 Streikende vorhanden sind, deren Zahl bei weitem nicht ausreiche, die freigewordenen Stellen zu besetzen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 400 Zimmerer bei 50 Unternehmern. — Der Bauarbeiterstreik in Riesa (Sachsen) ist durch einen für die Ausständigen vorteilhaften Vergleich beendet worden; sie haben eine Aufbesserung ihrer Stundenlöhne um durchschnittlich 5 Pfg. errungen. — Der Mühlenarbeiterausstand in den Wesermühlen zu Hameln dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten. Gewarnt sei insbesondere vor den Versprechungen der Streikbrecheragenten. — Sämtliche Arbeiter der Firma Albouts, Finck u. Co. in Krefeld sind wegen Kürzung ihres Wochenlohnes um 3 Mk. in den Ausstand getreten. — Zwischen den Brauereiarbeitern und Bierbrauereien in Köln und Umgegend ist für zwei Jahre ein Tarifvertrag zu stande gekommen. Verträge mit einzelnen Betrieben abgeschlossen wurden in Bielefeld und in Barmen. — Ein Ausstand der Bäcker ist in Dortmund ausgebrochen, weil in der dortigen Brotfabrik von Kammer zwei Verbandsmitglieder gemaßregelt wurden. Zuzug von Bäckern nach Dortmund ist daher fernzuhalten. — Der Maurerstreik in Marburg ist beendet. Die Verhandlungen zwischen den Parteien haben dazu geführt, daß beide Teile nachgaben. Der Stundenlohn soll vorläufig 30—38 Pfg., je nach der Leistung, und vom 1. April k. J. ab 40 Pfg. betragen. Der Ausstand wurde damit für beendigt erklärt. — Der Streik der Metallarbeiter bei Patrick in Frankfurt a. M. ist durch Vermittlung des Gewerbegerichts beigelegt worden. Die Firma hat die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil anerkannt. — In den Ausstand getreten sind in Augsburg die Kanalmaurer der Firma Kleofaas u. Knopp. Es handelt sich um Lohndifferenzen. — Die Bäcker in Innsbruck sind in Streik getreten. Nachdem bereits vierzig Meister mit 112 Gesellen die Forderungen unterschrieben haben, ist der Streik nur mehr ein partieller in den kleinen Bäckereien mit zusammen 20 Gehilfen. Gegen diese wurden die Sperre und der Boykott verfügt. Dieser Ausgang bedeutet einen großen Erfolg der Arbeiter. — Der Zimmererstreik in Wien hat nach längeren Unterhandlungen zum schriftlichen Abschluß einer Tarifvereinbarung geführt. — Die Bäcker von Versailles sind in den Streik eingetreten. Sie fordern einen Wochenlohn von 49 Frank für 4 Oefen pro Tag, die Meister wollen nur 45 Frank gewähren. Die Versailler Arbeitsbörse ist von den Behörden geschlossen worden; die Bäckereien werden von Soldaten bewacht und Soldaten sind es auch, welche die Arbeit der Gesellen verrichten. Jedoch hat eine Anzahl der Meister bewilligt. Dagegen wird der geplante Streik der Pariser Bäckergesellen unterbleiben, da der größte Teil der Meister die Forderungen bewilligt hat. — Die Buchdrucker von Valencia haben nach kurzem Streik einen einheitlichen Zeilenpreis für die Setzer, sowie einen geregelten Tarif für die Maschinenarbeiter durchgesetzt. Auch in den übrigen größeren Städten Spaniens streben die Buchdrucker derartige Abmachungen mit den Unternehmern an.

„Normale Zustände". Ueber den verloren gegangenen Maurerstreik in St. Johann-Saarbrücken schreibt nachträglich die „Neue Saarbrücker Zeitung" gemeinhin Schleifstein genannt: „Es herrschen jetzt wieder normale Zustände; auf den Baustellen wird elf bis zwölf Stunden gearbeitet." — Elf bis zwölf Stunden, das nennt man in Saarabien normal! Der Streik aber war nach dem einmütigen Urteil der Unternehmer und der saarabischen Presse das Werk sozialdemokratischer Hetzer.

Der Zentralverband der Glasarbeiter hat sich seit einiger Zeit der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden zu erfreuen. Den gesamten Mitgliedern des Hauptvorstandes ist ein Strafmandat, von 20 Mk. dem Vorsitzenden, den übrigen acht Mitgliedern von 15 Mk., zugegangen wegen nicht erfolgter Anmeldung der Mitglieder. Ebenfalls werden die Vertrauensleute in den einzelnen Zahlstellen mit ungeheuren Strafen belegt. Der Vorsitzende der Zahlstelle Altenfeld in Thüringen (Sondershausen) erhielt wegen nicht erfolgter Anmeldung der Mitglieder ein Strafmandat in der Höhe von 100 Mk. Als dagegen Berufung durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann eingelegt wurde, stellte es sich heraus, daß es in Sondershausen eine Berufung gegen die erfolgte Verfügung des Landrates nicht gibt. Darauf erfolgte ein zweites Strafmandat in der Höhe von 200 Mk. Hiergegen wurde Beschwerde an das Ministerium von Sondershausen seitens des Rechtsanwalts Dr. Heinemann eingelegt. Die Beschwerde hatte Erfolg. Die Strafen wurden aufgehoben, aber die Mitgliederliste verlangt. Die Ortsverwaltung in Altenfeld reichte nunmehr die Mitgliederliste, ohne nähere Angaben, sofort ein. Darauf ging unterm 20. Juni folgendes Schreiben an den Vertrauensmann ein:

Fürstl. Schwarzb. Landrat.
Gehren i. Thüringen.

Zu dem von Ihnen unterm 14. ds. Mts. eingereichten Verzeichnis der Mitglieder der dortigen Zahlstelle vom Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands wollen Sie mir noch binnen acht Tagen seit Zustellung dieser Verfügung auch den Wohnort der einzelnen Mitglieder angeben bei Meidung einer Exekutivstrafe von 100 Mk. eventuell 25 Tagen Haft.

Ein armer Edelmann.

Roman von Th. Gautier.

24. Fortsetzung.

„Welch' eine Figur werde ich vor dieser Isabella machen," sagte Vallombreuse bitter lachend, „mit meinem, von ihrem Galan durchstoßenen Arme."

„Vergessen Sie die Undankbare," sagte Vidaline. „Kehren Sie zu Coricanden zurück."

„Nenne den Namen nicht," schrie Vallombreuse wütend. „Ich lasse in meinen Bewerbungen nicht nach. Diese Isabella muß mein sein, besonders jetzt, wo sogar in die Liebe sich Achtung mischt. Aber wie beseitigen wir diesen Sigognac?"

„Es wird schwer halten, denn er hütet sich. Aber gesetztenfalls, sie brächten ihn bei Seite, wird Isabellen's Liebe für ihn aufhören?"

„Nichts vergißt sich schneller, als ein toter Liebhaber."

„Werden Sie nur erst wieder gesund," ermahnte Vidaline, der ganz andere Absichten hatte. „Der Arzt hat mich verantwortlich für Ihre Geistes- und Körperruhe gemacht."

Vallombreuse sah endlich die Richtigkeit der Behauptungen seines Freundes ein und verfiel in tiefen Schlaf.

Sigognac und der Marquis von Bruyeres waren in die Herberge „Zum Wappen von Frankreich" zurückgekehrt, wo sie als Männer von Ehre kein Wort über das Duell sagten. Indessen bleiben solche Ereignisse selten verborgen, besonders in der Provinz, wo Jeder froh ist, wenn er Neuigkeiten fischen kann, und beim Frühstück wußte schon ganz Poitiers, daß der Herzog von Vallombreuse durch einen unbekannten Gegner verwundet worden war. Da Sigognac sehr zurückgezogen in dem Gasthause lebte und dem Publikum bis jetzt nur seine Maske gezeigt hatte, mußte das Geheimnis doppelt reizen, aber dennoch kam niemand auf den Gedanken, daß der Sieger jener Kapitän Fracasse sein könne, über dessen Feigheit auf dem Theater so viel gelacht worden war. Man schickte aus vornehmen Kreisen zu Vallombreuse, um sich nach seinem Befinden erkundigen zu lassen, eigentlich aber nur, um etwas Näheres über die Vorgänge zu erfahren. Noch nie hatte der schöne, reiche und stolze Herzog eine Niederlage bei Frauen und im Kampfe erlitten, seine Neider freuten sich deshalb im Stillen innig und wurden nicht müde, die Tapferkeit, Noblesse und den Edelmut seines Besiegers zu rühmen, obwohl keiner von ihnen den Gewaltigen mit Augen gesehen hatte. Die Damen, denen der Herzog oft genug Anlaß zur Unzufriedenheit gab, frohlockten ebenfalls, nur die von Vallombreuse verstoßene Coricande war untröstlich über das Schicksal ihres ungetreuen Liebhabers. Lange konnte jedoch das Geheimnis nicht bewahrt werden. Der Meister Bilot hatte von dem Diener des Marquis Bruyeres, welcher Zeuge der Unterredung Sigognacs mit seinem Herrn bei Zerbine gewesen war, vernommen, daß Kapitän Fracasse der Held des Abenteuers, der Besieger Vallombreuse's sei, und daß er, ein Baron, aus Liebe zu einer schönen Schauspielerin Engagement bei Herodos genommen habe. Diese Geschichte machte in Poitiers rasendes Glück. Der Diener hatte zwar den Namen des schauspielernden Barons vergessen und nur behalten, daß er sich auf „gnac" endige, allein diese Notizen genügten, um den Kapitän Fracasse, den braven, verkappten, jungen Edelmann jedesmal mit Jubel zu empfangen. Alle Welt wollte diesen Kämpfer sehen, der Vallombreuse gezüchtigt hatte, ebenso interessierte man sich für Isabella, die stets mit Beifall überschüttet ward, das Haus war stets gestopft voll und Herodes rieb sich vor Freude die Hände, wenn er in seine zum Bersten gefüllte Kasse blickte. Man freute sich über den Edelmann, der sich weder vor Knitteln, noch Degen fürchtete — nur Blasius ahnte nichts gutes. Er fürchtete des Herzogs Rachsucht und Eitelkeit.

Wenn Sigognac nicht wirklich verliebt in Isabella gewesen wäre, so hätte er leicht eine Untreue begehen können, da ihm Hunderte von schönen Augen zulächelten, und selb Leander hatte nur noch die geheimnisvolle Dame für sich. Sigognac aber hatte sich neben Isabella niedergelassen. Er hielt ihre Hand in der seinigen und schaute in die Augen der jungen Schauspielerin.

„Schwören Sie mir Eins", rief Isabella, „schwören Sie mir, daß Sie sich nie wieder um meinetwillen schlagen werden."

„Es ist ein Eid, den ich nicht leisten kann", sagte Sigognac. „Wer es wagt, Ihre Ehre anzutasten, den züchtige ich und wenn es ein Prinz wäre."

„Bedenken Sie", hob Isabella wieder an, „daß ich nur eine arme Komödiantin bin, die den Unverschämtheiten eines Jeden ausgesetzt ist. Ich will auch das zurückhaltendste Wesen annehmen — schwören Sie mir aber, Ihr Leben nicht wieder in Gefahr zu bringen." Sie hielt seine Hand fest, aber der Baron war taub für solche Bitten. Er wollte Isabella durchaus hochgeachtet wissen.

„Wohlan", sagte die junge Schauspielerin, „versprechen Sie mir mindestens, nicht um solcher Kleinigkeiten sich Gefahren auszusetzen. Dachten Sie denn gar nicht an mich, als Sie sich in den Kampf stürzten? Ich würde Ihren Tod nicht überlebt haben."

Sigognac zog das schöne Mädchen gerührt an sich, ohne einen Widerstand zu finden, seine Lippen berührten ihre Stirn, sein Herz schlug an dem Ihrigen. So blieben beide eine Zeit lang versunken ineinander. „Trösten Sie sich, teure Isabella", sagte der Baron, „ich lebe und ich bin Sieger."

„O, Sie sind ein tapferes Herz, ich weiß es", rief das junge Mädchen. „Ich liebe sie und scheue mich nicht, es offen auszusprechen. Als ich Sie traurig im öden Schlosse, mitten in Ihrer Jugend hinwelken sah, da fühlte ich unendliches Wehe. Wären Sie glücklich gewesen, ich hätte Sie gefürchtet, so aber war ich beseligt, als Sie mir nichts

ist

Ferner hatte ich nicht Einreichung des Statuts des Zentralverbandes verfügt, sondern das Statut der Zahlstelle Altenfeld. Da die Zahlstelle ein Verein ist, hat sie ein Statut aufzustellen. Ich sehe unter Androhung der gleichen Exekutivstrafe, wie sie vorher angedroht, der Einreichung eines Vereinsstatuts der dortigen Zahlstelle durch Sie binnen vier Wochen seit Zustellung dieser Verfügung entgegen.

Gehren, den 18. Juni 1904.

Der Fürstliche Landrat.
Hellwig.

Dem ersten Teil der Verfügung ist entsprochen worden. Gegen den zweiten Teil ist wiederum seitens des Rechtsanwalts Dr. Heinemann Beschwerde eingelegt worden. Es ist erstaunlich, daß man in diesem Duodez-Fürstentum noch auf solche sonderbaren Verlangen kommt. Möchte man nicht auch noch wissen, ob das Mitglied verheiratet ist, welcher Religion es angehört, was sein Vater war u. s. w.?

Der Verband der Zigarrensortierer hat seit 1896 keine Generalversammlung mehr abgehalten, sondern in diesen 8 Jahren alle auftauchenden Fragen, Statutenänderungen usw. durch Urabstimmungen erledigt. Eine statutarische Fristbestimmung für das Stattfinden der Verbandstage besteht nicht. Nunmehr hat sich aber doch die Abhaltung eines solchen als unabweislich herausgestellt und ist derselbe für Ostern 1905 in Aussicht genommen. Unter anderem wird alsdann auch über die eventuelle Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverband verhandelt werden.

Unberechtigte Ansprüche, so meldeten wir dieser Tage aus Dresden, haben die seinerzeit im Löbtauer Prozesse verurteilten, bisher aus dem Gefängnis entlassenen Arbeiter an das Unterstützungskomitee gestellt. Sie verlangen für die Zeit, die sie infolge der Begnadigung weniger zu verbüßen hatten, den vollen Unterstützungssatz. Das Hilfskomitee hat diese Forderungen mit Recht abgelehnt. Wie die „Leipz. Volksztg." erfährt, haben nicht alle Entlassenen diese Forderungen unterstützt. Von den neun Verurteilten sind bis jetzt sieben entlassen. Einer davon, Moritz, ist in Brasilien; drei, nämlich Geißler, Wobst und Hecht, halten sich in Dresden, die andern drei, Pfeifer, Leiber und Gedlich, in Leipzig auf. Die erhobenen Ansprüche gehen von den drei Dresdnern aus. Sie haben auch die drei in Leipzig Aufhältlichen zum Anschluß an ihre Forderungen zu bewegen gesucht. Jedoch vergeblich. Im Anschluß an die Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit ersuchen die Genossen Pfeifer, Leiber und Gedlich unser Leipziger Bruderorgan zur Wiedergabe der ausdrücklichen Erklärung, daß sie sich nicht nur der von den Dresdnern eingeleiteten Bewegung nicht anschließen, sondern auch, daß sie die gewährten Unterstützungen als reichlich und angemessen anerkennen. Damit kann die von den Geißler und Genossen eingeleitete Aktion gegen das Hilfskomitee als gescheitert und gerichtet betrachtet werden.

Der Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk mit dem Sitz in Elberfeld hat in seiner letzten Generalversammlung unter dem Vorsitz des Professors Dr. Duisberg den Anschluß an die unter der Leitung des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller" stehende Hauptstelle der Arbeitgeberverbände abgelehnt.

Unternehmerterrorismus. Behufs Beilegung des Zimmererstreiks in Darmstadt hatte das Gewerbegericht als Einigungsamt beiden Teilen seine Vermittlung angeboten. Die Arbeiter akzeptierten, die Arbeitgeber haben das Angebot des Gewerbegerichts abgelehnt, da sie nach den Vereinbarungen mit den übrigen Arbeitgeberverbänden nicht in der Lage seien, in Darmstadt allein eine Verständigung zu treffen!

Arbeitslosenzählung. Eine Freitag in Stuttgart abgehaltene freiwillige Arbeitslosenzählung ergab 220 Arbeitslose. Davon sind 198 vollständig arbeitslos, bei 22 wurde verkürzte Arbeitszeit festgestellt. Als Ursache der Arbeitslosigkeit wurden in 22 Fällen Krankheit, in 24 Streik und Aussperrung, in 99 Fade der Saisonarbeit, in 53 Fällen andere Ursachen angegeben. Weibliche Arbeitslose wurden nicht festgestellt. Am 1. Februar 1904 wurden 528 gänzlich Arbeitslose und 174 teilweise Arbeitslose gezählt. Am 1. Juli 1903 495 gänzlich Arbeitslose und 27 teilweise Arbeitslose.

Die vielgepriesene Sozialreform. In Würzburg hat ein Arbeiter, der durch einen Betriebsunfall zum Krüppel geworden und gänzlich erwerbsunfähig ist, den Kampf um eine entsprechende Rente bis zum Landesversicherungsamt durchfechten müssen. Dieses billigte ihm aber nicht etwa die Vollrente, sondern nur 75 Proz. zu und begründete die Festsetzung durch folgenden Satz: „Der Antragsteller bedarf allerdings der Schonung, in Anbetracht dessen wurden ihm auch 75 Proz. zugesprochen, da er aber noch zwei gesunde Beine hat, die er zu Boten- und anderen Gängen verwenden kann, so kann von einer völligen Erwerbsunfähigkeit nicht die Rede sein." — Dieses „Er hat noch zwei Beine" beleuchtet unsere gerühmte Sozialreform viel wirksamer, als es alle Kritik der Arbeiterpresse tun kann. Nach der Meinung des bayerischen Landesversicherungsamtes muß also ein Arbeiter zuvor sämtliche Gliedmaßen auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen, ehe er als Ganzinvalide, d. h. als völlig erwerbsunfähig betrachtet werden und Anspruch auf die Vollrente erheben kann.

Nach berüchtigten Mustern ist jetzt auch in Königsberg ein Verein arbeitswilliger Maurer gegründet worden. Sämtliche Scharfmacher waren bei der Geburt dieses totgeborenen Kindes zugegen. Obwohl die Arbeitgeber schon vor Wochen betont haben, daß sie 121 Arbeitswillige außer den Italienern zur Verfügung haben, waren in der Versammlung, in der ein Maurermeister den Vorsitz führte und der Obermeister referierte, nur 40 Poliere und Gesellen anwesend. Der neue Verein soll den Zweck haben, Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeizuführen, da, wie ein Scharfmacher angab, mit den bestehenden Gesellenorganisationen es nicht möglich sei, eine Verhandlung anzubahnen. Erstaunlich ist der Mut und die Dreistigkeit, mit der immer wieder diese Behauptung aufgestellt wird. Die Streikenden erklären jeden Tag in ihren Versammlungen, daß sie jederzeit bereit seien, auf Verhandlungen einzugehen. Bereits viermal hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts versucht, eine Verhandlung herbeizuführen. Doch seine Bemühungen scheiterten stets an dem Widerstande der Arbeitgeber. Diese verlangen, die Maurer sollen zuerst die Arbeit aufnehmen und dann wollen sie mit ihnen verhandeln; darauf gehen sie aber selbstverständlich nicht ein.

Eine Konferenz der Pantoffelmacher fand am 19. Juni in Celle statt, um über die Gründung einer Gewerkschaft zu beraten. Es handelt sich um die Holzpantoffelmacher, von denen etwa 6000–8000 in Deutschland vorhanden sein sollen. Ein geringer Bruchteil davon ist bisher im Holzarbeiterverband organisiert. Auf der Konferenz wurde der Vorschlag gemacht und lebhaft befürwortet, eine eigene Organisation wie auch ein eigenes Fachorgan in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern zu gründen. Schließlich aber wurde doch mit 12 gegen 3 Stimmen der Anschluß an den Holzarbeiterverband beschlossen.

Der Verband der Handschuhmacher Deutschlands hat die im November 1900 verhängte Zuzugsperre über Deutschland jetzt aufgehoben, so daß den aus dem Ausland zureisenden Kollegen wieder Unterstützung gezahlt werden darf. Als Grund für die Aufhebung der Sperre wird vom Vorstand angegeben, daß sie infolge der langen Dauer den beabsichtigten Zweck nicht mehr erfüllte.

Die ungarische Gewerkschaftsbewegung, von der in nennenswertem Umfange erst seit wenigen Jahren gesprochen werden kann, ist in der letzten Zeit in raschem Vorbringen, wie aus einem Artikel hervorgeht, den ein ungarischer Gewerkschafter im Organ der deutschen Bergarbeiter veröffentlicht. Nach einer am 15. Januar d. Js. veranstalteten Umfrage existierten insgesamt 12 Landes- und 63 Lokalorganisationen von Arbeitern mit 41148 Mitgliedern, darunter 1833 Frauen. Anfangs 1903 betrug der Mitgliedsbestand 15270, darunter 940 Frauen, und anfangs 1902 gehörten den Organisationen 9999 Mitglieder an, darunter 744 Frauen. Die größten Erfolge hatten bisher aufzuweisen der Eisen- und Metallarbeiterverband, der erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres gegründet wurde, und dem im Januar bereits 7500 Mitglieder angehörten, außerdem waren noch Erfolge zu beobachten bei den Bauarbeitern und in den Organisationen der Schneider, Schuhmacher, Holzarbeiter, Buchdrucker und Buchbinder. Wie überall, wo die Arbeiterverbände zum ersten Male eine größere Bedeutung gewinnen und Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ausüben, kam es dabei auch in Ungarn sehr bald zu Kämpfen mit den Arbeitgebern. Eine große Reihe Ausstände war die Folge, die aber zumeist mit Erfolgen der Streikenden endeten.

Die Niederländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird am 26. August d. J. das Fest ihres zehnjährigen Bestehens feiern. Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Broschüre herauszugeben, in der die Geschichte der Partei vom Jahre 1894 bis 1904 in kurzer Form geschildert wird. — Am 21. August werden in Niederland provinziale Wahlrechts-Demonstrationen abgehalten, die durch die Komitees für allgemeines Wahlrecht veranstaltet werden.

In den Redaktionsverhältnissen der „Arbeiter-Turnzeitung" ist insofern eine Aenderung eingetreten, als der bisherige Redakteur, der diese Tätigkeit zehn Jahre ausübte und sie nebenbei erledigte, von diesem Posten zurückgetreten und an seine Stelle Genosse Frey aus Stuttgart am 1. Juli eingetreten ist.

Die italienischen Reformisten fügen sich nicht. Dieser Tage waren die autonomen (selbständigen) Gruppen von Mailand versammelt, um über die Entscheidung des Parteivorstandes zu beraten. In der Diskussion, die sehr lebhaft verlief, wurde gegen den Beschluß des Parteivorstandes protestiert; ferner wurde es als eine Unmöglichkeit bezeichnet, mit der Federation (die alte Partei-Organisation) zusammenzugehen, die beiden Tendenzen bestünden weiter und müssen ihre eigenen Wege gehen. Es lagen sieben verschiedene Resolutionen vor. Angenommen wurde eine kurze Erklärung, in der es heißt: die Generalversammlung der sozialistischen Gruppen Mailands nimmt von den Beschlüssen der Parteileitung bezüglich der autonomen Zirkel Kenntnis, bekennt sich zu den Erklärungen des Federal-Komitees (leitendes Komitee der Reformisten) und geht zur Tagesordnung über. Dagegen stellte in der Federation der extremste Gegner der Reformisten, der Genosse Labriola, den Antrag, den Versuch zu unternehmen, eine Wiedervereinigung mit den autonomen Gruppen anzubahnen. Dieser Antrag erhielt allerdings nur zwei Stimmen.

Risiko der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabendvormittag in einem Hause an der Bahnhofstraße in Köln. Zwei Dachdecker stürzten in die Tiefe und erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Gewinde wahlsieg. Bei der Gemeindevertreter-Ersatzwahl in Ober-Schöneweide bei Berlin siegte Sonnabend unser Genosse Ernst Kaufhold mit 357 Stimmen. Die Bürgerpartei brachte es auf 22, die Katholiken auf 49 Stimmen.

Das Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker hat ein neues Verzeichnis der Tarif-Anerkennungen herausgegeben, das über das Fortschreiten der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft folgende Angaben macht:

1897	1631	tariftreue Firmen m.	18340	Gehilfen an	469	Orten
1898	2030	" " "	22468	" "	647	"
1899	2704	" " "	27449	" "	880	"
1900	3115	" " "	30630	" "	1002	"
1901	3372	" " "	34307	" "	1030	"
1902	3464	" " "	36527	" "	1043	"
1903	4250	" " "	39464	" "	1315	"
1904	4559	" " "	41483	" "	1382	"

Diese Fortschritte sind recht erfreulich.

Aus Nah und Fern.

Ein Mann in Frauenkleidern ist von der Polizei in Apolda verhaftet worden. Im Verhör nannte er sich, so wird aus Jena berichtet, schließlich Julius Fischer und will aus Großenhain gebürtig sein. Als „Amalie" Fischer trägt er seit zwei Jahren den langen Rock und bekleidete zuletzt die Stelle einer Kindergärtnerin. Er führte eine Handtasche mit sich, in der sich Rasiermesser und Streichriemen, Nadel und Zwirn sowie die notwendigsten weiblichen Toilettengegenstände befanden.

4379 Opfer eines Freudenfestes. Der amerikanische Arzt Dr. Lee hat eine Statistik aller Unglücksfälle zusammengestellt, die in Amerika bei der letzten Feier der Unabhängigkeitserklärung am 4 Juli passiert sind. Dabei fand er, daß allein bei den Feuerwerken und durch Freudenschüsse mit Pistolen oder Kanonen 4379 Personen getötet und verstümmelt wurden. Die Opfer waren meistens Kinder. Dr. Lee richtet an die Regierung die Mahnung, solche Feuerwerke und Freudenschüsse zu verbieten und so weiteren Unglücksfällen vorzubeugen.

London. Unter besonders tragischen Umständen sind der Kapitän Jenson und der Matrose Hanningsen vom deutschen Schoner „Hans" ertrunken. Als der Schoner am Donnerstag bei Longsand vor Anker lag, um die Flut abzuwarten, gingen der Kapitän und Hanningsen, begleitet von einem Schiffsjungen, in einem Boot an Land, um Seehunde zu schießen. Das festgemachte Boot mit dem Schiffsjungen riß sich los, und der Junge war außerstande, es gegen die Strömung zum Strande zurückzuführen. Der Kapitän und der Matrose wurden von den Fluten überwältigt und ertranken. Der Schiffsjunge trieb die ganze Nacht auf dem Meere umher und wurde am Freitag von Fischern bei Skegneß aufgelesen. Jensen hinterläßt sechs Kinder.

---

anderes bieten, als eine kleine wilde Rose, auf die ich eine Träne fallen ließ."

Sigognac war trotz seiner Schüchternheit eben ein junger Mann. Diese reizende Bekenntnisse erfüllten ihn mit einem wahren Entzücken. Eine lebhafte Röte flog in seine bleichen Wangen, in den Ohren sausete es ihm, Flammen zuckten vor seinen Augen — er sah das schöne Mädchen vor sich im Glanze der Jugend und er vermochte sich nicht zu halten. Er ging auf sie zu und umschlang sie heftig. Isabella wehrte ihm nicht — nur ein schmerzlicher Blick traf des Barons Augen, dann sank sie kraftlos in sich selbst zusammen. Erschreckt sprang der Baron sie in einen Lehnstuhl, er murmelte einige Entschuldigungen und stand schamvoll das Haupt.

„Sie haben mir wehe getan", sagte Isabella. „Ich dachte: Unter all den vielen Männern ist wenigstens Einer, der an Redlichkeit glaubt. Ich glaubte eine reine Neigung hegen zu können. Ich verlangte nur, Sie bis an die Schwelle des Glückes bringen und mich dann in meine Dunkelheit zurückziehen zu dürfen. Ich bin nicht anspruchsvoll."

„Isabella", rief Sigognac. „Vergeben Sie mir. Ich habe dieses gute Herz noch verkannt. Fürchten Sie nichts mehr von mir — achten Sie mich auf. Ich besitze nichts, als meinen fleckenlosen Namen, wenn Sie ihn annehmen wollen — er ist der Ihre."

Er warf sich vor dem schönen Mädchen auf die Knie, sie beugte sich zu ihm nieder und drückte einen Kuß auf seine Lippen, dann erhob sie sich schnell und ging im Zimmer heftig umher.

„Sie werden also mein Weib sein?" rief der glückliche Sigognac.

„Niemals! niemals!" entgegnete Isabella mit großer Erregung. „Ich zeige mich dieser Ehre wert, indem ich sie ablehne. O — Sie würden mich also nicht verleugnen? Sie würden mich in die Hallen Ihres Schlosses führen, Sie würden mich in die Kapelle führen, der Brautkranz auf meiner Stirn würde nicht lügen?"

„Sie lieben mich also," rief der Baron, „und Sie wollen doch weder meine Geliebte, noch mein Weib sein?"

„Nachdem ich Ihren Namen einige Minuten in meinem Herzen behalten habe, gebe ich Ihnen denselben zurück, Herr Baron. Auf so viel Glück habe ich hienieden kein Anrecht. Als ich Sie bewog, das Schloß Ihrer Väter zu verlassen, hatte ich nur Ihre Größe, Ihre Zukunft vor mir. Ich sah Sie in prachtvollen Kleidern mit einträglichem Amte vom Hofe zurückkehren, ich sah die alten, geborstenen Türme erneut und rig den traurigen Epheu von den Mauern. Es wäre ein großer Fehler, wollten Sie, teurer Freund, Ihr Leben an eine arme, wenn auch ehrenwerte Komödiantin fesseln. Ich geleite Sie bis an die Grenzen Ihrer Besitzungen zurück und verschwinde alsdann, einen Seufzer unterdrückend, in das Dunkel."

„Es wird erfüllt werden, wie Sie sagen," rief der Baron, „nur mit dem Unterschiede, daß Sie an meiner Hand, stolz als meine Gattin in das von Gestrüpp und Verfall gereinigte Schloß schreiten."

„Nein — eine reiche Erbin wird Ihre Hand, Ihre würdige, edle Hand erhalten — nicht eine arme Komödiantin, von der Dieser oder Jener sagen kann: Ich habe sie da oder dort angetroffen."

„Sie sind sehr grausam," rief Sigognac außer sich. „Haben Sie Mitleid mit mir."

„Wenn Sie fortfahren, mich zu quälen," entgegnete Isabella, „werde ich mich in ein Asyl zurückziehen müssen. Gehen Sie jetzt, guter Baron. Ich bin Ihre kleine Freundin, seien Sie mein großer Poet." Sie nahm eine mit rosenfarbenem Bande zusammengebundene Rolle, welche sie dem Baron reichte. „Nun küssen Sie mich auf die Wangen," rief sie, ihm den schönen Kopf hinhaltend. „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert und Sie arbeiten ja für mich."

Sigognac brachte, auf sein Zimmer zurückgekehrt, eine Zeit zwischen Schmerz und freudiger Bewegung geteilt, hin.

Die Freude, von einem so reizenden Wesen geliebt zu sein, beglückte ihn, aber die Gewißheit, daß sie ihm nie angehören wollte, schmetterte ihn zu Boden.

Allmälig beruhigten sich seine empörten und erregten Nerven. Er sank zusammen und vor seinem Geiste stieg ein seltsames, traumartiges Bild empor. Er sah sein altes Schloß wieder weiß, neu strahlend im Sonnenglanz, glänzend funkelten die Wetterfahnen auf den Dächern, Diener in reichen Kleidern bevölkerten die Gänge.

Er führte, in prächtige Kleider gehüllt, Isabella, die strahlend Geschmückte, in das Haus seiner Ahnen. Dann trat ein schöner Greis aus dem Portal des Schlosses hervor, um die Neuvermählten willkommen zu heißen und neben diesem Greise sah Sigognac zu seinem Erstaunen einen jungen Mann, in welchem er Vallombreuse erkannte, der ihm freundlich grüßte. Mitten in dem Jubel der versammelten Gutsuntertanen und Diener erschien aus dem Dickicht Yolanthe von Foix. Sigognac blickte die Gestalt an — sie erbleichte und verschwand zuletzt vor der reizenden Erscheinung Isabella's — und damit verschwand auch die Vision.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck